Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 213. Donnerstag, den 11. September 1913. 20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Sozialdemokratie und Kleinbauern.

Ein aus der M.-Gladbacher Zentralküche stammender Artikel, der gegenwärtig die Runde durch die bürgerliche Presse macht, sucht wieder einmal „festzustellen“, daß die Sozialdemokratie die „Todfeindin der kleinen Bauern“ sei. Unter der Ueberschrift „Ein wertvolles Eingeständnis“ finden wir ihn in der Nummer 240 der „Essener Volkszeitung“. Das „wertvolle“ Eingeständnis ist ein aus dem Zusammenhang gerissener Satz, den das blinde M.-Gladbacher Zitatenhuhn in einer Studie entdeckt hat, die unser holländischer Genosse Vliegen in der „Neuen Zeit“ veröffentlichte. Der Satz lautet:

„Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache: will man die gegenwärtige Landwirtschaft lebensfähig erhalten, und dadurch allein ist der Kleinbauer für unsere Partei zu gewinnen, dann ist die Schutzzöllnerei ein unentbehrliches Mittel.“

Dieser Satz, so versichert der Verfasser, „findet sich in der offiziellen Parteiwochenschrift der Sozialdemokratie, in der radikal-sozialdemokratischen „Neuen Zeit“; man nehme den Jahrgang Nr. 17 dieser Zeitschrift, dort steht es auf Seite 82 schwarz auf weiß zu lesen.“

Die „Neue Zeit“ kennt keinen Jahrgang „Nr. 17“. Dem Leser wäre auch mehr gedient, wenn einfach das Jahr des Erscheinens des Vliegenschen Artikels angegeben worden wäre. Aber das wird mit Absicht verheimlicht; denn es handelt sich um den Jahrgang 1898—99. Der Artikel erschien Anfang Oktober 1898, also vor fünfzehn Jahren! Um den deutschen Lesern die Todfeindschaft der Sozialdemokratie gegenüber den Kleinbauern vorschwindeln zu können, müssen die M.-Gladbacher anderthalb Jahrzehnt zurück und überdies ins Ausland gehen. Zu alledem ist der Satz auch noch durch das bei den klerikalen Demagogen übliche Herausreißen verfälscht. Denn die Aeußerung Vliegens lautet an der betreffenden Stelle:

„Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache: will man die gegenwärtige Landwirtschaft lebensfähig erhalten, und dadurch allein ist der Kleinbauer für unsere Partei zu gewinnen, dann ist die Schutzzöllnerei ein unentbehrliches Mittel. Und das ist ein Mittel, welches das ganze Volk belastet zum Vorteil einer einzelnen Bevölkerungsschicht, und dadurch schon verwerflich, es macht durch Verteuerung der Produkte den Boden teurer und verschiebt dadurch die Nationalisation des Bodens.“

Vor dem Worte „Und“ bricht der Zitatendrechsler ab, um schließlich zu versichern, daß man das „wertvolle Geständnis“ festzuhalten wisse. Das heißt also, daß wir künftig dem verstümmelten, in der Mitte durchgeschnittenen Ausspruche Vliegens noch oft in der bürgerlichen Presse und in den Reden der Gladbacher Zitatenzöglinge begegnen werden. Es empfiehlt sich deshalb auf den Artikel unseres holländischen Freundes ein wenig näher einzugehen. Und da ergibt sich auf den ersten Blick daß nur ein skrupelloser Lügner den Vorwurf der Todfeindschaft aus dem Aufsatz herauslesen kann. Die ganze achtseitige Abhandlung ist von Wohlwollen gegen die Landarbeiter und die Kleinbauern getragen. Vliegen vertritt die Interessen dieser beiden Gruppen gegen den Großgrundbesitz und das Hypothekenkapital; er erinnert daran, daß Genosse Troelstra, der Führer der holländischen Sozialdemokratie, auf dem Parteikongresse von 1896 als Referent zur Agrarfrage den Standpunkt vertreten hat, „daß ein Bündnis zwischen Bauern und Arbeitern angestrebt werden muß“, und daß ein Jahr später auf dem Kongreß in Arnheim in dem Wahlprogramm den agrarischen Fragen ein großer Platz eingeräumt wurde; der dort beschlossene Agrarparagraph lautete:

Bessere Regelung des Pachtkontraktes im Interesse der Bauern und Arbeiter, gegründet auf dem Prinzip, daß allein Pacht gezahlt zu werden braucht vom Nettoertrag des Betriebs, also nachdem vom Totalertrag die notwendigen Unkosten abgezogen sind, worunter zu rechnen ist eine Summe für den Lebensunterhalt des Pächters und seiner Familie, wie auch ein Normallohn für die Arbeiter. Erweiterung der Bestimmungen der Artikel 1628 und 1629 des Bürgerlichen Gesetzbuches im Interesse des Mieters und Verbot der Umgehung dieser Bestimmungen in den Pachtkontrakten. (Diese beiden Artikel erklären, daß bei einer Mißernte ein Teil der Pachtsumme nicht zu zahlen ist. In allen Pachtkontrakten steht aber gegenwärtig eine Klausel, in der der Pächter von diesen Bestimmungen Abstand nimmt.) Recht des abziehenden Pächters auf Zahlung der durch seine Arbeit oder sein Kapital an dem Pachtgut angebrachten Verbesserungen .... Einsetzung von Pachtkommissionen in allen ländlichen Gemeinden, gewählt aus und durch die Grundbesitzer, Pächter und Arbeiter, mit der Bestimmung, daß kein Pachtkontrakt gültig ist, wenn er nicht durch die Pachtkommission gutgeheißen ist ....

Diese Forderungen offenbaren alles andere als „Todfeindschaft“ gegen diejenigen, die in der Landwirtschaft die Arbeit repräsentieren: Kleinbauern, Pächter, Arbeiter. Todfeindschaft allerdings bringt die Sozialdemokratie denjenigen entgegen, die selber nicht arbeiten und die genannten drei Gruppen ausbauten: Großgrundbesitzer, Kapitalist, Hypothekenbesitzer. Zum Schlusse seien noch die folgenden Darlegungen aus dem Artikel Vliegens wiedergegeben:

„In fast allen großen europäischen Ländern hat man Schutzzölle eingeführt, und diese haben die Landwirtschaft dieser Länder in eine Lage gebracht, welche nicht die natürliche ist, und welche den Betrieb zum großen Teile konkurrenzfrei macht. Erhebt man doch Schutzzölle bis zur Höhe von einem Viertel des Produktionspreises des Getreides. Das ist für die Produktion ein Vorsprung, der für ausländische Konkurrenten schwer einzuholen ist. Das Erheben von Schutzzöllen hat in denjenigen Ländern, welche weniger Getreide produzieren als sie konsumieren, die Landwirtschaft bis zu einem gewissen Grade künstlich von der Konkurrenz befreit und die Entwicklung des Betriebes gehemmt. Es hat die Bodenpreise künstlich hochgehalten, die Pachtzinsen und die Löhne ebenfalls. Kommt dazu, wie in Deutschland, eine schnelle Ausdehnung der Industrie, so daß das Absatzgebiet im eigenen Lande fortdauernd größer wird, dann bleibt der Betrieb in bestem Zustand, die Unternehmer machen guten Gewinn und an Arbeitern ist eher Mangel als Ueberfluß. Dies alles bewirkt natürlich nicht, daß es darum allen Personen im Betrieb gut geht, dies ist auch in den besten Zeiten nicht der Fall, und heute wissen die Großgrundbesitzer und Großbauern ihre Vorteile wohl zu wahren, und der Arbeiter und Kleinbauer hat die Zeche zu bezahlen. Gegenüber diesem Erfolg der Schutzzöllnerei steht natürlich der vielgrößere Nachteil, daß das ganze Volk seine Lebensmittel verteuert sieht und man also einer Klasse von Warenproduzenten in der Landwirtschaft Vorteile verschafft auf Kosten ds ganzen Volkes ....“

Das alles liest sich doch wesentlich anders als das nach dem System M.-Gladbach „entdeckte“ Zitat. Das Zentrum aber verfolgt tatsächlich die von Vliegen gebrandmarkte Politik: einer Klasse von Warenproduzenten in der Landwirtschaft Vorteile zu verschaffen auf Kosten des ganzen Volkes! Und die Einpeitscher dieser Klasse sind ja seit Wochen wieder am Werke, den „lückenlosen Zolltarif“ zu propagieren, der neben den schon ins Maßlose verteuerten anderen Lebensmitteln nun auch die Preise für Gemüse, Obst, Kartoffeln, Milch usw. durch Wucherzölle auf eine Höhe treiben soll, die diese Bedarfsgegenstände vollends zu Luxusartikeln machen würde — im Zeitalter der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit, des Geburtenrückganges und der Lungenschwindsucht! Eine Preisfrage übrigens für die schwarzen und blauen Freunde der Lebensmittelzölle: Wieviel Obst glauben die Heren wohl, daß die Arbeiterfamilien bei den heutigen Preisen zu kaufen imstande sind? — Millionen Kinder wissen kaum wie Obst schmeckt; und doch liest man Tag für Tag, wie unentbehrlich das Obstessen zur Erhaltung der Gesundheit ist!

Feinde der Massenheere.

Als die Rüstungstreiber anfangs der neunziger Jahre des verflossenen Jahrhunderts wieder einmal die Schlagfertigkeit des deutschen Heeres anzweifelten, hielt Herr v. Caprivi am 27. November 1891 im Reichstage eine Rede als Antwort auf diese Hetze, indem er ausführte:

„Man hat in der Welt sich jetzt vielfach gewöhnt, Armeen nach ihrer Zahl einzuschätzen. Das ist auch wieder für Zeitungsschreiber und Leser ein bequemes Mittel. Es rechnet da einer vor: die Franzosen haben 5 400 000 Mann und Ihr habt 4 500 000 Mann, folglich seid Ihr schwächer als die Franzosen, folglich beunruhigt Euch.“ (Heiterkeit.) „So liegt die Sache nun doch nicht. Für die Leistungen einer Armee wird im Anfang eines Krieges immer die Qualität und nachher erst die Quantität der Truppe das Entscheidende sein. Und erst wenn der Krieg zur Verteidigung des eigenen Bodens in die Länge gezogen wird, dann wird auch die Quantität der Truppe nach und nach zur Geltung kommen. Ich glaube nicht, daß unter den lebenden Heerführern einer da ist, der imstande wäre, diese Massen, mit denen zu rechnen man sich jetzt gewöhnt hat, zu ernähren, zu bewegen und zu gemeinsamem Schlagen zu bringen. Das ist bei solchen Zahlen ausgeschlossen. Es hat also diese Zahl an sich, selbst wenn sie aus lauter guten Soldaten zusammengesetzt wäre, ihr Bedenkliches. Es ist also dieses Rechnen mit den Zahlen nicht ganz unbedenklich, und man empfindet das nicht bloß bei uns, sondern auch in Frankreich. Man hat den Ausdruck dafür gefunden: la rage des nombres, die Zahlenwut. Ich meine also, wenn ein deutscher Zeitungsleser nun in seinem Leibblatt liest, daß an anderen Stellen mehr Soldaten aufgebracht werden, so hat er keinen Grund sich zu beunruhigen. — — —“

Diese sehr vernünftigen Ausführungen des Reichskanzlers und Infanteriegenerals haben ihn natürlich nicht gehindert, anderthalb Jahre später eine Erhöhung der Friedenspräsenz um 84 000 Mann zu verlangen.

Eine andere Persönlichkeit, die auch heute noch bei allen Patentpatrioten in hohem Kurs steht, der Großvater Wilhelm II., hat 1857 als Prinz von Preußen seine militärpolitischen Ansichten in einer Denkschrift zusammengefaßt, worin folgender Ausspruch vorkommt:

„Allerdings hört man oft den Ausspruch, eigentlich müßten alle Waffenfähigen ausgebildet werden. Doch niemand scheint die notwendige Konsequenzen dieses Satzes in seine Berechnungen gezogen zu haben. Nämlich wie stark müßte die Armee werden, und welche enormen, dem Lande geradezu unerschwinglichen Kosten müßte sie machen, wenn alle Waffenfähigen auch eingestellt würden!“

Was würde dieser Nationalheilige wohl heute sagen?

Und noch eines ist interessant. Die Zitate sind einem Wahlbüchlein entnommen, das, von Eugen Richter verfaßt, 1893 erschien. Zwanzig Jahre später haben die Erben Richters die ungeheuerliche Wehrvorlage der Regierung ohne Besinnen und Bedenken apportiert. Fortschrittliche Entwicklung?

Politische Rundschau

Deutschland.

Herr v. Liebert als Gründer.

Die geschäftliche Tätigkeit des Reichsverbandsgenerals v. Liebert ist schon vielfach der Gegenstand schärfster Kritik gewesen. Das „Berliner Tageblatt“ bringt in seinem Handelsteil nun folgende interessante Mitteilung:

„Der frühere Gouverneur von Ostafrika, Generalleutnant v. Liebert, hat vor kurzem sein Amt als Aufsichtsrats-Vorsitzender der Rufiji-Baumwollgesellschaft niedergelegt, allerdings erst, nachdem die Gesellschaft völlig zusammengebrochen und das ganze Stammkapital verloren war. Nunmehr hat Herr v. Liebert an die Afrikanische Compagnie einen Brief gerichtet, daß er infolge der Preßangriffe, die in der letzten Zeit gegen ihn erfolgt seien, auch bei dieser Gesellschaft seinen Posten als Aufsichtsratsvorsitzender niederlege. Es ist recht bemerkenswert, daß Herr v. Liebert immer dann aus einem Aufsichtsrat ausscheidet, wenn die Sache anfängt, „brenzlich“ zu werden. Denn bei der Afrikanischen Compagnie wurden früher Dividenden von 10 und 17 Prozent ausgeschüttet, während jetzt bei der Gesellschaft eine starke Unterbilanz erwartet wird. Darauf deutet auch schon der Kurssturz, den die Aktien der Afrikanischen Compagnie erlitten haben, hin: vor einiger Zeit wurden die Anteile noch mit mehr als 150 Prozent bezahlt, während sich jetzt der Kurs auf 50 Prozent stellt! Die Verwaltung bringt den Kursrückgang mit der Entwertung am Kautschukmarkt in Zusammenhang, indes steht man in Fachkreisen dieser Version sehr skeptisch gegenüber. Nunmehr hat das Nordische Kolonialkontor in Hamburg eine außerordentliche Generalversammlung beantragt, in der die gesamten Verhältnisse der Gesellschaft zur Sprache kommen sollen.“

Bereits vor einigen Monaten hat Herr v. Liebert durch die Presse mitteilen lassen, daß er gegen das „Berliner Tageblatt“ Klage angestrengt habe; bis jetzt hat man leider von der Sache nichts mehr gehört und doch wäre es dringend notwendig, daß die höchst eigenartige geschäftliche Tätigkeit des Herrn v. Liebert vor Gericht einmal gründlich durchleuchtet wird. Die Geschädigten bei der Rufiji-Baumwollgesellschaft haben sich bekanntlich dahin verständigt, gegen die Unterzeichner des schwindelhaften Prospekts, zu denen auch Herr v. Liebert gehörte, Schadenersatzklage zu erheben. Auch darüber ist nichts bekannt, wie weit die Schadenersatzklage bereits gediehen ist. Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der fortgesetzt bestrebt ist, die Sozialdemokratie als den Ausbund aller Schlechtigkeit hinzustellen, der insbesondere jedes Jahr, wenn der Rechenschaftsbericht des Parteivorstandes erscheint, versichert, daß die Rechnungslegung verschleiert sei, hätte allen Anlaß, einmal sein Augenmerk auf die geschäftliche Tätigkeit seines Vorsitzenden zu richten. Die Gründungen, an denen Herr v. Liebert sich bisher beteiligt hat, sind teilweise oberfaul gewesen. Wenn die Prospekte nur den Namen v. Liebert tragen würden, würden sie wohl kaum besonders beachtet werden; allein Herr v. Liebert ist bekannt als früherer Gouverneur von Ostafrika und als Mitglied des Reichstags und deshalb scheint man in weniger gerissenen kapitalistischen Kreisen anzunehmen, daß der Name v. Liebert eine gewisse Garantie dafür biete, daß es sich um völlig zweifelsfreie Gründungen handle. Bisher sind die Vertrauensseligen allerdings zum Teil her-

eingefallen und Herr v. Liebert hat, als er im Reichstag gestellt wurde, sich nicht anders als mit ein paar nichtssagenden Redensarten zu helfen gewußt.

Gesetzlich geregelte Abschriften der Wählerlisten.

Im Anschluß an die Vorkommnisse bei der letzten Wahl in Ragnit-Pillkallen wo wiederholt Abschriften der Wählerlisten von dem dortigen Amtsvorsteher verweigert wurden, schreibt die „Kölnische Zeitung“:

„Infolge derartiger Vorgänge ist es nicht möglich gewesen, zur rechten Zeit die Wählerlisten hereinzubekommen. Aber niemand ersetzt den Nachteil und keine Bestrafung kann erfolgen. Das muß anders werden. Deshalb sollte die nationalliberale Partei im Reichstage schleunigst einen Antrag einbringen, daß die Abschriften der Wählerlisten von Amts wegen durch das zuständige Landratsamt gegen Entgelt an jedermann verteilt werden. Eine gesetzliche Ergänzung des Wahlgesetzes in diesem Sinne ist eine so dringende Notwendigkeit, daß ihre Durchführung so schnell wie nur möglich wünschenswert erscheint.“

Mit einem solchen Antrage kann man sich nur einverstanden erklären. Die Agrarier und Junker werden ihn jedoch strikte ablehnen da er ihren Interessen nicht entspricht.

Die Konkurrenzklausel in der Industrie.

In den Kreisen der Industriellen ist das Verlangen vorhanden, die Konkurrenzklausel, wie sie vom Reichstage für die Handlungsgehilfen zum Gesetz erhoben wurde, auch auf die technischen Angestellten der Industrie auszudehnen. Nach einer Meldung der „Post“ hat der preußische Minister für Handel und Gewerbe kürzlich zu dieser Frage Stellung genommen und sich unzweideutig dahin geäußert, daß die Konkurrenzklausel für die Industrie eine Frage an sich bilde, dementsprechend nach anderen Gesichtspunkten beurteilt und selbständig geregelt werden müsse. Es sei demnach ausgeschlossen, daß die Staatsregierung sich mit einer Ausdehnung der geplanten Bestimmungen über die Konkurrenzklausel der Handlungsgehilfen auf die Betriebsbeamten und Ingenieure in der Industrie einverstanden erklären wird, und es sei daher als feststehend zu betrachten, daß auch der Standpunkt der Reichsregierung in diesem Sinne festliegt, auch wenn eine besondere Regelung der Frage noch nicht in Angriff genommen ist.

Die Industriellen werden nicht eher ruhen, als bis auch sie den besonderen Schutz ihrer kapitalistischen Interessen, wie dieser durch die gesetzliche Konkurrenzklausel gewährt wird, eingeheimst haben. Die Angestellten sind dabei die Benachteiligten, sie erhalten neue Fußangeln und weitere Erschwerung ihrer Existenz.

Sozialdemokratie und Fremdenlegion.

Der Kampf gegen die Fremdenlegion zeitigt die merkwürdigsten Blüten. Eine ganze Anzahl Abenteurer, die zum Teil vermutlich niemals in der Legion gedient haben, reisen im Lande herum und erzählen die hanebüchensten Räubergeschichten. Damit regen sie die Phantasie ihrer jugendlichen Zuhörer natürlich erst an und es sollte uns gar nicht wundern, wenn diese Art der Bekämpfung erst recht dazu beitragen würde, der Fremdenlegion vermehrten deutschen Zuwachs zuzuführen. An der Suche nach den Ursachen des Zustromes in die Fremdenlegion haben sich auch die „Berliner Politischen Nachrichten“ des Herrn Schweinburg beteiligt und dieses Regierungs-Reptil hat dabei folgende Entdeckung gemacht:

„Wenn aber neuerdings eine ganze Reihe von politischen Persönlichkeiten sich über die Gründe, die die jungen Leute veranlassen, der Fremdenlegion beizutreten, geäußert hat, so haben gerade die Parteiführer, die da zu Worte kamen, eines verschwiegen, und das ist die Verekelung am deutschen Vaterlande, die eine gewisse Parteipresse systematisch betreibt. Die täglichen Ausschreitungen dieser Presse in bezug auf die Schilderung des der Entrechtung, Knechtung, dem Hunger preisgegebenen, unter der Polizeituchtel leidenden deutschen Volkes erzeugen nicht nur im Auslande, sondern auch in den Köpfen vieler junger Deutscher ein falsches Bild von den wahren Zuständen in der Heimat, und machen sie nur zu geneigt, den Einflüsterungen nichtswürdiger französischer Werber Gehör zu schenken. Neben der Aufklärung über die wahren Zustände in der Fremdenlegion, die jetzt von allen Seiten gefordert wird, sollte aber auch die Presse es sich angelegen sein lassen, die Zustände im eigenen Vaterlande mehr der Wahrheit gemäß zu schildern. Das dürfte auch ein wirksames Mittel sein, manchen ernsten jungen Menschen von dem abenteuerlichen Schritte abzuhalten.“

Daß mit diesen Auslassungen die sozialdemokratische Presse gemeint ist, versteht sich am Rande, denn sie allein ist es, die schonungslos die Kritik an all den Mißständen übt, die sich in Deutschland herausgestellt haben. Daß aber dadurch jemand veranlaßt werden sollte, seine Zuflucht zur Fremdenlegion zu nehmen, ist eine Behauptung, für die Herr Schweinburg erst einmal den Beweis anzutreten versuchen sollte. Wir sind überzeugt, daß ein aufgeklärter junger Mann nicht in die Fremdenlegion eintreten wird, er wird vielmehr versuchen, nach seinen Kräften mitzuwirken, damit die kritisierten Zustände in Deutschland gebessert werden. In der Hauptsache sind es abenteuerlich veranlagte junge Menschen, Existenzen, die Schiffbruch gelitten haben, oder Soldaten, die durch Mißhandlungen zur Verzweiflung getrieben wurden und den verhängnisvollen Weg über die Grenze einschlugen, um dann in der Fremdenlegion unterzugehen. Zu den Aufgaben der „Berliner Politischen Nachrichten“ scheint es nicht nur zu gehören, jedwede Regierungsmaßnahme als den Einfluß höchster Weisheit zu preisen, sondern auch die Sozialdemokratie für all und jedes verantwortlich zu machen. Die Auftraggeber des Schweinburg-Organs müßen allerdings den guten Willen für die Tat nehmen.

Ein neuer „Fall Krupp“.

Die Firma Krupp hatte bisher ein Monopol auf die Lieferung der großen Geschütze. Bedroht wird sie in dieser Monopolstellung durch die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik in Düsseldorf, die seit längerer Zeit den Bau von Schnellfeuergeschützen aufgenommen hat. Der Kampf der Rheinischen Gesellschaft, der Firma Krupp Konkurrenz zu bereiten, war bisher ein überaus schwerer, denn die Heeresverwaltung stand unter allen Umständen auf seiten der Firma Krupp. Um nun aber doch den Kampf um die Gleichberechtigung weiter führen zu können, beabsichtigt die Rheinische Gesellschaft, ihr Aktienkapital zu erhöhen. In der Generalversammlung, die diese Kapitalserhöhung beschließen sollte, erschienen drei Berliner Herren, die einen Aktienbesitz von einigen Millionen Mark vertraten, um den Vorschlag der Verwaltung auf Kapitalserhöhung niederzustimmen. Die drei Berliner Herren sind sämtlich nicht in der Lage, Millionen in Papier anzulegen, die keine Zinsen bringen. Man vermutet deshalb, daß die Firma Krupp eine Bank veranlaßt hat, schon seit Jahren Aktien der Rheinischen Gesellschaft aufzukaufen, und daß die drei Berliner Herren von dieser Bank vorgeschobene Strohmänner sind, die im Interesse der Firma Krupp verhindern mußten, daß die Konkurrenz sich die Mittel verschafft, um den Kampf mit größerer Energie führen zu können.

Die preußischen Pfarrer

forderten auf ihrer Tagung in Dessau unabhängige Disziplinargerichtshöfe, damit nicht mehr die Kirchenbehörde Ankläger und Richter in einer Person sei. Erst soll aber noch eine Kommission die alten Forderungen durcharbeiten! Man protestierte scharf gegen die Einführung der Versetzbarkeit der Geistlichen „aus Gründen des Dienstes“, da dies die — Unabhängigkeit (!) der Pfarrer und damit ihr Ansehen und das Vertrauen zur Kirche im Volke (!) untergraben würde. Komischerweise lehnten es die Herren ab, durch die Fälle Jatho und Traub zu ihren Forderungen veranlaßt zu sein — das wird aber nichts nützen, die Knechtung der Religionsbeamten bleibt aufrecht. Sie ist ein unlöslicher Bestandteil des preußischen Systems!

Ein Verbot des Malzweins,

der viel billiger ist als der Traubenwein und der schon mit solcher Vervollkommnung hergestellt wird, daß ihn selbst Sachverständige nicht immer von Wein unterscheiden können, hat der Weinbaukongreß in Mainz gefordert. Man wehrte den Vorwurf, dem armen Mann den billigen Trunk nehmen zu wollen, damit ab, daß man sagte, das Reich hätte nicht den gesunden und billigen Traubentresterwein verbieten dürfen. Wie auf dem Kongreß bekannt gegeben wurde, hat die elsäßische Regierung beim Reich beantragt, einem Vorschlag des Kolmarer Professors Kulisch entsprechend vorzuschreiben, daß auf 100 Liter Flüssigkeit 25 Kilogramm Malz kommen müssen, damit der Malzwein ein dickes, süßliches Malzgetränk werde, das keinerlei Ähnlichkeit mit Wein hat.

Rußland.

Ein neues Schwindelmanöver der russischen Regierung. Das russische amtliche Bureau verkündete vor einigen Tagen, der russische Ministerrat habe beschlossen, den verstärkten Schutz im großen Teile des europäischen Rußlands aufzuheben. Diese Nachricht erweist sich bei näherer Betrachtung als ein plumper Schwindel, nur darauf angelegt, die öffentliche Meinung Westeuropas irre zu führen. Der Beschluß des Ministerrates bezieht sich erstens nur auf einen kleinen Teil Rußlands. Der größte Teil der russischen Gouvernements bleibt nach wie vor dem Regime der Ausnahmegesetze preisgeben. Zweitens, und was am wichtigsten ist, trägt die Aufhebung des verstärkten Schutzes einen rein formellen Charakter, denn zugleich mit dieser amtlichen Maßnahme wird den Gouverneuren und Stadthauptleuten eine Reihe außerordentlicher Vollmachten eingeräumt, die die Form des „außerordentlichen Schutzes“ überflüssig machen. So erweist sich auch die neueste „liberale“ Maßnahme als eine Schuftigkeit die in den Rahmen der allgemeinen russischen Politik harmonisch hineinpaßt.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 11. September.

Lohnbewegung der Speicherarbeiter bei der Firma Joseph Löwental & Co., Getreide- und Düngemittelhandlung, Beckergrube 95. Vom Deutschen Transportarbeiter-Verband, Zahlstelle Lübeck, wird uns geschrieben: Die Arbeiter der vorgenannten Firma hatten zunächst selbst, da dieses erfolglos, dann durch den Deutschen Transportarbeiter-Verband, Zahlstelle Lübeck, nachstehende Forderungen derselben unterbreitet: 1. Die Arbeitszeit währt im Sommer und Winter von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. 2. Der Lohn beträgt für Vorarbeiter 30 Mk. und für Arbeiter 27 Mk. pro Woche. 3. Die Ueberstunden werden mit 70 Pfg. bezahlt. 4. Die Kündigung ist eine 14tägige. In einem Schreiben an die Organisation lehnte die Firma die Forderungen ab, indem sie auf andere Firmen, wie H. & J. Brüggen, hier, verwies, wo auch nicht mehr gezahlt würde. Eine mündliche Aussprache zwischen dem Vertreter der Firma und dem Vorsitzenden der Organisation verlief resultatlos. Um nun den gerechten und den heutigen Verhältnissen entsprechenden Forderungen Geltung zu verschaffen, haben sämtliche Vorarbeiter und Arbeiter der Firma ihre Kündigung auf 14 Tage ausgesprochen. Der Zuzug nach diesem Betrieb ist fernzuhalten! Kein ehrlich denkender Arbeiter darf sich bei der Firma zur Arbeit annehmen lassen! Hoch die Solidarität!

Die Tagesordnung der Bürgerschaftssitzung am kommenden Montag ist wie folgt festgesetzt worden: I. Mitteilungen des Senates. II. Anträge des Senates: 1. Einführung der Schulpflicht für Schwachbefähigte und Errichtung einer zweiten Hilfsschule. 2. Aufnahme eines Darlehns von 3 000 000 Mark von der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte. 3. Voranschlag für das Forstwirtschaftsjahr 1913/14. 4. Verkauf eines Bauplatzes an der Schwartauer Allee an den Viehkommissionär Kjeldsen. 5. Erlaß eines dritten Nachtrages zu der Verordnung vom 15. September 1880, betreffend die Erhebung einer Gebühr für Ein- und Auseisung von Schiffen. 6. Gewährung einer Beihilfe an die Wegegemeinde Sierksrade zur Unterhaltung einer Strecke der Landstraße Ratzeburg-Oldesloe. 7. Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Gewährung von Entschädigungen an die im städtischen Feuerwehrdienste Erkrankten und Verunglückten sowie an deren Witwen und Waisen. 8. Erlaß von Nachträgen zur Bauordnung für die Stadt Lübeck, deren Vorstädte und Vororte sowie für Travemünde vom 25. Mai 1903 und zu dem Gesetze vom 15. Juli 1889, betreffend den Anbau an Straßen und Plätzen in den Vorstädten der Stadt Lübeck. 9. Ausgleichung der Baurechnung für das Rechnungsjahr 1912. 10. Ausbau des Töpferweges. 11. Errichtung einer Sekretärstelle beim Stadt- und Landamt. 12. Etatsmäßige Anstellung der Gasmeister in Schlutup, Travemünde, Kücknitz und Schwartau. 13. Legung einer Gashauptrohrleitung vom Moislinger Baum bis zur Brauerei Lück. 14. Nachbewilligung auf die Ausgaben der Straßenbahnverwaltung für Erweiterungsbauten. 15. Nachträgliche Anweisung von 61 623,30 Mk. für die Beschaffung von drei neuen Motorwagen der Straßenbahn und den Umbau von drei Anhängewagen in Motorwagen auf Anleihemittel. 16. Gewährung einer Altersunterstützung an den Hilfsarbeiter auf dem Teerhofe August Hinrich Möller. 17. Gewährung einer Altersunterstützung an den Bureaugehilfen bei dem Amtsgerichte Maximilian Huppmann. III. Mündliche Berichterstattung der Kommission zur Vorprüfung des Antrages Henk: Die Bürgerschaft wolle den Senat ersuchen, die reitenden Schutzleute auf dem Landgebiet durch dort stationierte Schutzleute zu ersetzen. IV. Antrag von Mantau und Genossen: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, eine Revision der Verfassung mit dem Ziele der Abschaffung des Bürgerausschusses und dessen Ersetzung durch ständige Kommissionen der Bürgerschaft in Erwägung zu ziehen. V. Antrag von Schneider: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, den Erlaß gesetzlicher Bestimmungen über den lübeckischen Staatsbeamten für Dienstreisen zu gewährende Reisekosten und Tagegelder sowie Umzugskosten in Erwägung zu ziehen. VI. Eingabe, betreffend Verlängerung der Straßenbahn in der Kronsforder Allee. VII. Eingabe der Ortsgruppe Lübeck des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, betreffend Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Kartellversammlung am 8. September. Zu der gedruckt vorliegenden Abrechnung wurde eine Anfrage betr. Abführung der Beiträge seitens der Gastwirtsgehilfen gestellt; nachdem die Vertreter dieser Gewerkschaft sich geäußert, fand sie ihre Erledigung. Es wurden dann 300 Mk. der Volksfürsorge überwiesen, nachdem der Vorsitzende des Verwaltungsausschusses die Entwicklung derselben geschildert hatte. Auch fand ein Antrag auf Gehaltserhöhung der weiblichen Aushilfskraft im Arbeitersekretariat die Zustimmung der Kartellversammlung. Die Abrechnung vom Gewerkschaftsfeste ergab einen Ueberschuß von 394,97 Mk. Nachdem kurze Auseinandersetzungen über das Arrangement und die Vermittelungsfrage der Gastwirtsgehilfen gepflogen, beschloß die Kartellversammlung, von dem Ueberschuß für den Bildungsverein 25 Mk., Turnhallenbau 25 Mk., Ferienkolonie 25 Mk., Genossenschaftsbücherei 25 Mk., Idiotenanstalt 25 Mk., Walderholungsheim 25 Mk. und für die Jugendorganisation 50 Mk. zu bewilligen. In die Kartellkommission wurde der Genosse Engel (Holzarbeiter) gewählt. Ein Antrag der Buchbinder auf Aufhebung des Beschlusses betr. Beitragsabführung an das Kartell für die weiblichen Mitglieder wurde dahin erledigt, daß in diesem Jahre nichts geändert werden soll, die Kartellkommission eine Prüfung über die Zweckmäßigkeit des Antrages vornehmen und dann geeignete Vorschläge der Kartellversammlung unterbreiten wird. Ein Antrag der Buchdrucker auf Abänderung des Absatz 2 des § 2 des Regulativs rief eine lebhafte Diskussion hervor. Der Antrag lautete, daß jede Gewerkschaft, die bis zu 100 Mitgliedern hat, 2 Delegierte zum Kartell wählen. Auf je weitere 100 Mitglieder ist ein Delegierter mehr zu wählen, sodaß bei 500 Mitgliedern 6 Delegierte zulässig sind. Bei einem höheren Mitgliederbestande wie 500 hat jede Gewerkschaft das Recht, auf je 500 weitere Mitglieder einen Delegierten mehr in das Kartell zu entsenden. Begründet wurde der Antrag von dem Vertreter der Buchdrucker damit, daß den Metallarbeitern der Eintritt in das Kartell ermöglicht werden müsse. So ständen u. a. die Krankenkassenwahlen bevor, die eine Einheitlichkeit im Vorgehen unter den freien Gewerkschaften bedingen. Es müsse auch eigentümlich berühren, daß ein Fünftel der Besucher des Arbeitersekretariats keinen Pfennig für dasselbe leisten. Von anderen Rednern wurde der Antrag lebhaft bekämpft. Es wurde hervorgehoben, daß an eine Aenderung des Regulativs nicht gedacht werden könne, dasselbe sei ja kaum in Kraft getreten. Den Metallarbeitern scheine das Bewußtsein von der Notwendigkeit der Einheitlichkeit und Gemeinsamkeit der Gewerkschaften im Handeln für Erringung besserer Zustände abhanden gekommen zu sein. Bedauerlich sei es ja, daß die Metallarbeiter, die beim Arbeitersekretariat die größte Besucherzahl stellen, für dasselbe nichts abführen. Der Antrag der Buchdrucker wurde abgelehnt, dafür ein Antrag angenommen, nach dem die Kartellkommission beauftragt wird, sich mit den Metallarbeitern in Verbindung zu setzen, um dieselben zu einer Rektifizierung ihrer unbegründeten Stellung zu veranlassen. Aus dem Bericht der Kartellkommission über die Prüfung der Unterlagen für die Erweiterung des Jugendheims ist zu entnehmen, daß womöglich betr. Legung von Linoleum noch Ersparnisse gemacht werden könnten, sonst die angeführten Summen berechtigt seien. Die Kartellkommission empfiehlt einen Antrag, der besagt, daß die vom Jugendausschuß geforderten Summen (einmalig 200 Mk. und laufend pro Jahr 250 Mk.) durch freiwillige Zuwendungen seitens der Gewerkschaften aufgebracht werden sollen. Die Stellungnahme der Kartellkommission liege einerseits in den Kassenverhältnissen begründet, andererseits seien von einzelnen Gewerkschaften bereits Bewilligungen geschehen, die erwarten lassen, daß die Sache sich so sehr gut arrangieren lasse, der Jugendausschuß sich sogar der Hoffnung hingeben könne, noch mehr zu erhalten, wie von ihm gewünscht würde. Von den Vertretern des Jugendausschusses wurde ersucht, daß beschlossen werden möchte, die Summe direkt aus der Kartellkasse zu entnehmen. Es gelangte ein Vermittelungsantrag zur Annahme, der besagt, daß dem Jugendausschuß die geforderten Summen von der Kartellversammlung zu bewilligen sind, daß die von den Gewerkschaften gemachten freiwilligen Zuwendungen aber in Anrechnung gebracht werden sollen. Die schriftlich eingegangenen Anträge auf Unterstützung bei der Agitation unter den Hausangestellten, Schlachtern und Handlungsgehilfen fanden Annahme. Die Schuhmacher hatten berichtet, daß in ihrer Versammlung beschlossen sei, sich mit den Beschlüssen des Gewerkschaftskartells betr. Herbergswesen nicht einverstanden zu erklären, sondern das Kartell zu ersuchen, in dieser Hinsicht Schritte einzuleiten. Von den Vertretern der Schuhmacher wurde hierzu bemerkt, daß das Herbergswesen in Lübeck sehr im argen liege. So seien in einzelnen Herbergen derartige Zustände, daß der Vorstand seine zugereisten Kollegen nicht in diese Herberge schicken könne. Es wurde auch noch angefragt, ob die Kommission für den Herbergsbau ihre Aufgabe erledigt hätte. Seitens der Schuhmacher werde gewünscht, daß an die Errichtung einer eigenen Herberge herangegangen werden müsse. Die Gelder könnten aufgebracht werden. Seitens der Kommission wurde erwidert, daß die Kommission für den Herbergsbau ihren Bericht seinerzeit gegeben hätte. Nachdem die Vorarbeiten fertiggestellt, seien von der Polizei Schwierigkeiten erhoben, indem sie erklärte, es sei kein Bedürfnis vorhanden. Die Konzession könne nicht erteilt werden, da Herbergen in Lübeck genügend wären. Bemängelt wurde dann noch, daß die Herbergskommission noch nicht regen in Tätigkeit getreten sei, trotzdem die letzte Kartellversammlung dazu aufgefordert hätte. Die Herbergskommission wurde noch einmal ersucht, so schnell wie möglich im Interesse der reisenden Kollegen ihre Funktionen zu beginnen. Damit fand die Angelegenheit ihre Erledigung. Bekanntgegeben wurden dann noch die Lohnbewegungen der Kohlenarbeiter, Weinarbeiter und Kupferschmiede. In der Zeit vom 20. Oktober bis 1. November finden vier Lichtbildervorträge des Genossen Graf statt, die vom Bezirksbildungsausschuß arrangiert werden. Als Termine sind festgesetzt: Montag, 20. Okt., Dienstag, 21. Okt., Montag 27. Okt. und Dienstag, 28. Okt. Behandelt wird das interessante Thema „Vom Urtier zum Menschen“. Es wurde um eine rege Propaganda hierzu ersucht.

Zur Bürgerschaftswahl. Der Bürgerausschuß beschloß in seiner gestrigen Sitzung auf Antrag Heise, den Senat zu ersuchen, zur Wahrung des Steuergeheimnisses gesetzliche Maßnahmen zu erwägen, die die Ausübung des Wahlrechts für alle Wähler eines Bezirkes in gemeinsamen Wahllokalen ermöglichen.

Der Bürgerausschuß empfahl gestern der Bürgerschaft einen Senatsantrag zur Mitgenehmigung, nach welchem das dem Staat gehörende, an der Ecke der Schwartauer Allee und Matthäistraße belegene, 780 Quadratmeter große Grundstück zum Preise von 25 000 Mk. an den Viehkommissionär Niels Kjeldsen verkauft werden soll. Ferner wurde die Beratung über die Senatsvorlage, betr. bauliche Arbeiten an der Puppenbrücke, fortgesetzt. Die eingesetzte Kommission hatte beantragt, die Senatsvorlage mit der Bedingung zur Mitgenehmigung zu empfehlen, daß die zur Sicherung der Brücke nötigen Arbeiten im Verdingungswege einer geeigneten Spezialfirma in Eisenbetonbau übertragen werden. Dieser Antrag wurde abgelehnt und beschlossen, den unveränderten Senatsantrag gutachtlich zur Mitgenehmigung durch die Bürgerschaft zu empfehlen.

Zur Werftarbeiterbewegung. Die Einstellung der Arbeiter auf den Werften, die seit Sonnabend erfolgt, war bisher in einem langsamen Tempo gehalten. In den Orten Bremerhaven, Geestemünde, Bremen und Kiel sind täglich 200—300 Arbeiter eingestellt worden, in Flensburg täglich 60—70 Mann; in Einswarden wurden schon in den ersten Tagen sämtliche Ausständige eingestellt. Die Werft versucht, wie berichtet wird, noch Arbeiter von anderen Orten heranzuziehen. Bis Mittwoch war über die Hälfte der gesamten Ausständigen wieder in Arbeit. — Wie jetzt von einigen Orten mitgeteilt wird, soll in den folgenden Tagen die Einstellung in größerer Zahl als bisher erfolgen.

b. **Schöffengericht am 11. September.** Die Armenanstalt befiehlt! Die Friseuse D. hatte ein uneheliches Kind im Hospital, für das der Vater den Pflichteil bezahlte. Doch auch die Mutter sollte zu den Unkosten beitragen. Ihr Verdienst von 8—10 Mk. wöchentlich reichte kaum zum eigenen Lebensunterhalt. Die Armenanstalt glaubt trotzdem, das Mädchen könne mehr trocken Brot essen, sollte ihm das nicht bekommen, müsse es eben Dienstmädchen werden. Einen solchen anstrengenden Posten kann die Angeklagte nicht ausfüllen. Der Staatsanwaltschaftsvertreter unterstützt die Meinung der Armenbehörde und beantragte 15 Mk. Geldstrafe oder 5 Tage Haft. Das Gericht sprach das Mädchen frei und bemerkte noch, daß es als Dienstmädchen auch nicht viel mehr verdient haben würde. Die nötige Mahnung zum Bezahlen wurde ihm natürlich mit auf den Weg gegeben. — Eine teure Zigarre! In der Markthalle darf nicht geraucht werden. Dies wußte auch der bekannte Schlachter M., dem es außerordentlich viel Spaß macht, aufs Gericht zu laufen, trotzdem hier sein Latein zum Uebersetzen nicht viel Mühe macht. Als ihn der Aufseher wegen des Rauchens zur Rede stellte, behauptete M. steif und fest, er habe nicht geraucht. Der Glimmstengel glühte während des Disputs in der Hand. Anscheinend wollte M. den ihn zur Rede Stellenden verulken, denn er verlangte von ihm, daß er ihn anzeige. Diesem Wunsche wurde willfahren. Gegen die polizeiliche Strafe von 15 Mk. legte M. Berufung ein. Vergebens. Seine Vorliebe, polizeiliche Verordnungen zu übertreten, bestätigt auch das Schöffengericht mit 15 Mk. oder 5 Tagen Haft. — Im Jähzorn ging der Arbeiter M. in Schwartau auf einen Kollegen los und bedrohte ihn mit einem Hammer, wobei er geäußert haben soll: „Du bist nicht der erste, den ich über den Haufen geschossen habe," oder: „Ich will zu meinem Neffen gehen, der kann Dich totschießen". Dem Streit ging frühere gegenseitige Feindschaft voraus. Da der Angeklagte wegen Bedrohung eine erhebliche Vorstrafe auf dem Gewissen hat, wurde ihm der neueste Jähzornsausbruch mit 14 Tagen Gefängnis gutgeschrieben. — Das Kind und der Greis. Unter den zahlreichen, die Anklagebank oft zierenden Gesichtern sticht hin und wieder ein besonderes Bild ab, das dem an den Anblick Gewöhnten länger im Gedächtnis haften bleibt. Ganz und gar nicht zusammen paßt ein weinender Knabe und ein bittender und zitternder Greis. Das 16jährige kleine Bürschchen entstammt einer Arbeiterfamilie, hat 9 Geschwister (ein Bruder wurde im Erziehungshaus erzogen) und ist in den Diensten eines Holländers in Hamberge. Beim Milchaustragen kam er in eine Küche in der Teichstraße, sah auf dem Tische 2 Ringe des Fräuleins liegen, fand Freude an dem blanken Golde, und im Nu verwirrt sich der Sinn: es sieht ja niemand! Also ein Gelegenheitsdiebstahl, der unterblieben wäre, wenn . . . Der Staatsanwalt beantragte 8 Tage Gefängnis, das Urteil gegen das reuige Bürschchen lautet auf 3 Tage, doch sollte die bedingte Begnadigung empfohlen werden, die Strafe bei guter Führung in zwei Jahren erlassen sein. Nun stellte sich heraus, daß das Bürschchen schon einige Zeit in Untersuchungshaft sitzt. Damit er nicht umsonst Gefängnisluft geatmet hat, wird diese auf die Strafe angerechnet. Mit einer guten Lehre verläßt der Knabe, fürs Leben gezeichnet, den Gerichtssaal. — In das Schicksal ergeben nahm der alte Mann, einstmal Bäckergeselle, jetzt weißhaarig und zitternd, das Urteil entgegen: 4 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde. Bei dem jetzigen Ueberangebot an Arbeitskräften kann man Gebrechliche nicht mehr brauchen. Wer nichts zu nagen und beißen hat, muß hungern oder betteln. Der Angeklagte wählte das letztere. Für ihn ist (nach Ansicht des Gerichts) das Arbeitshaus das beste. — Ein Fahrrad geborgt und nachher unterschlagen hat der Handlungsgehilfe K. Urteil: 1 Monat Gefängnis.

Entgleisung. In der letzten Nacht ereignete sich auf dem Güterbahnhofe bei Moisling ein Unfall. Ein Güterzug fuhr gegen vier auf dem gleichen Gleise stehende Wagen und brachte diese zum Entgleisen. Den Führer des Güterzuges trifft kein Verschulden, da er Einfahrtssignal hatte.

Oeffentlicher Wetterdienst. Von der Deutschen Seewarte in Hamburg wird uns mitgeteilt, daß vom 16. September ab wieder die Abendwetterkarten des Oeffentlichen Wetterdienstes erscheinen werden. Die Weiterkarten gelangen täglich um 8 Uhr 45 abends zur Ausgabe und bereits mit den um 9 Uhr abends von Hamburg-Hauptbahnhof abgehenden Zügen zum Versand; sie sind gleich der Morgenwetterkarte zum Preise von 50 Pfg. monatlich bei Postabhebung und 64 Pfg. bei Zustellung durch den Briefträger durch jede Postanstalt zu beziehen. Die Abendwetterkarte dürfte auch an abgelegeneren Orten berits am nächsten Morgen zur Bestellung gelangen und deshalb besonders an solchen Orten zu empfehlen sein, die von der Morgenwetterkarte nicht mehr am Ausgabetage erreicht werden. Auch von der Oeffentlichen Wetterdienststelle Berlin soll, in diesem Herbst beginnend, eine Abendwetterkarte ausgegeben werden.

pb. **Festgenommen** wurde ein Melker aus Passee, welcher von der Staatsanwaltschaft in Güstrow wegen Urkundenfälschung, und ein Schmiedegeselle aus Lüdicken, welcher von der Staatsanwaltschaft in Insterburg zwecks Strafvollstreckung steckbrieflich verfolgt wurden.

pb. **Schadenfeuer.** In verflossener Nacht um 11¾ Uhr kam in dem Hause Königstraße Nr. 108 ein Schadenfeuer zum Ausbruch, welches durch die herbeigerufene Feuerwehr alsbald gelöscht wurde. Das Feuer wurde durch eine brennende Tischlampe, welche durch irgend einen Umstand umstürzte, verursacht.

„Cines" Hansa-Theater, Lübeck. Aus dem Direktions-Bureau wird uns geschrieben: Das zweite Wochen-Programm kann nur mehr heute abend gegeben werden. Bei dem morgen, Freitag, stattfindenden Programmwechsel werden durchweg hoch komische Variete-Akte zur Vorführung gelangen. Aus dem Programm sind besonders hervorzuheben: Olloms u. Page (Melange-Akt), O'Briens Bros, (Humpsty-Bumpsty, Humoristische Turnkünstler), Emerson u. Baldwin (Amerikan. Variete-Komödianten). Als ganz besondere Attraktion machen wir auf die The Australian Mc. Les (Wirbeltänzer) aufmerksam. Da für diese Premiere auffallend starkes Interesse herrscht, wird es zu empfehlen sein, sich rechtzeitig Plätze bei unseren Vorverkaufsstellen, Friedrich Sager, Kohlmarkt 3 und bei Friedrich Nagel, Am Markt, zu sichern.

Deutsche Vieheinfuhr aus Dänemark. In der verflossenen Woche betrug die Einfuhr dänischer Rinder bei den Quarantäneanstalten in Apenrade 675, Flensburg 165, Kiel 190, Lübeck 750, Rostock 225, Altona 37, insgesamt 2042 Stück. — In geschlachtetem Zustand wurden in derselben Zeit eingeführt 700 Stück Großvieh, 280 Kälber, 28 Schafe und 65 Schweine.

Öffentliche Trinkerfürsorgestelle Lübeck (Parade 1) Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 12. ds. Mts., abends 6—7 Uhr.

Säuglingsfürsorgestelle II. Die nächste Sprechstunde findet am Freitag von 2—3½ Uhr nachmittags Schwartauer Allee 44a statt.

Neufeld. Eine Volksversammlung für Männer und Frauen findet hier am Freitag abend im Lokale des Herrn Süfke statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Stelling-Lübeck über die Volksfürsorge. Zahlreicher Besuch dieser Versammlung ist dringend erforderlich.

Mölln. Volksfürsorge. Nähere Auskunft über die Volksfürsorge werden vom Genossen C. Wagner, Schmilauer Chaussee, erteilt. Derselbe vermittelt auch Aufnahmen in dieselbe.

Plön. Infolge Brandstiftung wurden eine große Scheune und ein Korndiemen des Gastwirts Tietgen in Brackrade eingeäschert. Die wegen einer Festlichkeit in der Scheune untergebrachten Möbel und Betten verbrannten mit.

Hamburg. Polizeiausschreitungen gegen demonstrierende Werftarbeiter. Auch am Mittwoch sammelten sich vor dem Arbeitsnachweis Tausende von Werftarbeitern, namentlich aus dem Betriebe der Vulkanwerft, zu einer Demonstration an. Sie zogen, begleitet von einer großen Zahl von Schutzleuten, darunter vielen berittenen, nach dem Gewerkschaftshaus. Dort wurde wiederum eine Versammlung abgehalten, in der Genosse Winter von der Streikleitung die Versammelten warnte, sich von ihrer gerechten Empörung zu unbesonnenen Handlungen hinreißen zu lassen. Diese beständigen Demonstrationen seien nicht imstande, die Werftarbeiter vorwärts zu bringen, nur ein gemeinsames Handeln nach den Beschlüssen der gesamten Streikleitung sichere den Erfolg. Die Werftarbeiter sollten vor allen Dingen in dieser Situation an ihrer Organisation festhalten. Er machte weiter darauf aufmerksam, daß sich vor dem Gewerkschaftshause große Trupps von Schutzleuten ansammelten, und ersuchte die Versammelten, die äußerste Ruhe zu bewahren, sich nicht provozieren zu lassen und möglichst sofort auseinanderzugehen. Die Polizei hat durch ihre Taktik verhindert, daß die Werftarbeiter dieser Mahnung nach dem Muster der Demonstration am Dienstag nachkommen konnten. Als die Menge nach der Steinstraße, dem natürlichen Rückweg in die Werftarbeiterviertel, strömte, sperrte die Polizei die Eisenbahnbrücke ab. Zugleich drängte ein Trupp Schutzleute die Menge in die enge Gasse zwischen der Gewerbeschule und dem Bahndamm hinein. Auf die letzten stürzten sich die Polizisten, vier oder fünf Arbeiter wurden zu Boden geworfen, getreten und verprügelt. Lehrer und Schüler der Gewerbeschule, die diesem Vorgang zuschauten, gaben ihrer Entrüstung über das empörende Vorgehen der Polizisten lauten Ausdruck. Schließlich wurden die Mißhandelten noch verhaftet. Dabei handelt es sich wahrscheinlich nicht einmal um Streikende, sondern um Zuschauer, die zuletzt von der Polizei mit in die Gasse hineingedrängt wurden.

Harburg. Heinrich Baerer †. Mittwoch vormittag 11 Uhr ist Genosse Heinrich Baerer nach langer Krankheit gestorben. Baerer war ein Vierteljahrhundertlang Kandidat des 17. hannoverschen Wahlkreises und das ganze Wachstum der Partei im Kreise ist mit dem Wirken Baerers auf das allerengste verknüpft. Ehre seinem Andenken!

Büchen. Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Dienstag in dem Nachbardorf Fitzen. Bei dem Gutsbesitzer Berling war an der Dreschmaschine der 47jährige Knecht Johann Burmester beschäftigt. Er rutschte mit einer Korngarbe durch die Luke in die Maschine und wurde fürchterlich verstümmelt. Kopf und Arm wurden ihm abgerissen. Der Tod trat sofort ein.

Kiel. Tot aufgefunden wurde in einem Hinterhause der Kehdenstraße die 50jährige Polin Cerwonka. Sie hatte vor einigen Tagen mit zwei Trinkgenossinnen und einem aus Fehmarn von der Ernte zurückgekehrten Gelegenheitsarbeiter ein wüstes Zechgelage veranstaltet. Im Anschluß daran war es zu Tätlichkeiten gekommen, und bei dieser Gelegenheit hatte der Arbeiter der Polin in brutaler Weise die Kehle durchtreten. Seitdem hatte sich niemand mehr um sie gekümmert.

Lüneburg. Ein Kind erstickt. Einen qualvollen Tod hat ein bei der Ehefrau Thies in Brelingen, Kreis Burgdorf, in Pflege gegebenes Kind gefunden. Die Frau war ins Dorf gegangen und hatte das Kind im Wagen in der Küche zurückgelassen. Dicht beim Küchenherd stand eine Kiste mit trockenem Holz. Als glühende Kohlen auf die Holzstücke fielen, begannen diese zu glimmen, und in dem sich entwickelnden dichten Rauch und Qualm ist das kleine Wesen erstickt, da Hilfe nicht zur Stelle war. Als Nachbarsleute, durch den Rauch aufmerksam geworden, in das Haus eindrangen, war das Kind bereits tot. Alle Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Helgoland. Die Katastrophe des L. 1. Ueber das furchtbare Unglück, dem am Dienstag abend das Militärluftschiff L 1 mit fast der ganzen Besatzung zum Opfer fiel, liegen heute eine ganze Menge Meldungen vor, aus denen folgende Einzelheiten über den Verlauf der Katastrophe zu entnehmen sind: Das Marineluftschiff war am Dienstag mittag unter der Führung des Kapitänleutnants Hanne wieder zu einer größeren militärischen Uebung in der Nordsee aufgestiegen. Das Wetter verriet nichts von dem drohenden Unheil, nur war es gegen Mittag nach dem warmen, sonnigen Morgen etwas kühl geworden. Der Temperaturwechsel scheint sich nach Norden zunehmend beschleunigt zu haben. Denn als L 1 nachmittags um 5 Uhr 35 Min. vor Helgoland eintraf, ging ein strömender Regen nieder. Das Luftschiff überflog die Insel in langsamer Fahrt und fuhr nordwärts in See, um Aufklärungsmanöver für die Nordseeflotte auszuführen. Das Luftschiff muß dann in einen heftigen Sturm hineingeraten sein, denn einige Zeit nachher sandte es ein Funkentelegramm ab mit der Mitteilung, daß es infolge des Sturmes eine Notlandung vornehmen müsse und Hilfe erbitte. Das war unmittelbar vor der Katastrophe. Durch die Kälte, in der sich das Luftschiff schon mehrere Stunden aufgehalten, hatte sich das Gas stark zusammengezogen. Außerdem war durch die Höhenfahrt ein Gasverlust von rund 2400 Kubikmeter entstanden. Die Last der Besatzung überstieg allmählich die Tragkraft des Luftschiffes, das rapide sank. Der Führer gab, wie von Torpedobooten beobachtet wurde, den gesamten Wasserballast ab, um den Fall auszuhalten. Infolge der Dunkelheit und der mangelnden Tragkraft gehorchte jedoch das Horizontalsteuer nicht in gewohnter Weise. Der Ballon schoß mit einer ungefähren Geschwindigkeit von 20 bis 22 Metern in der Sekunde in die Nordsee. Die große Zahl der Bemannung (20 Personen) ist daraus zu erklären, daß eine dreißigstündige Uebung vorgesehen war. Da die Uebung durchaus kriegsmäßigen Charakter trug, mußte der Ballon sich andauernd in 1300 bis 1500 Meter Höhe halten, um vor den Schüssen sicher zu sein. Nach dem Sturz hielten sich die Gondeln zwar einige Sekunden über Wasser, wurden aber dann durch das Gewicht des Metallgerüstes und die Wasser aufsaugende Hülle unter die Oberfläche gedrückt. Einige Monteure, die an den Motoren standen, sowie einige Steuerleute sprangen über Bord und versuchten zu schwimmen. Die in den Kabinen befindlichen Leute erstickten sämtlich.

Bei dem Unfall des Luftschiffes schlugen die Spitze des Schiffes und die vordere Gondel derart aufs Meer, daß die in der vorderen Gondel sich aufhaltenden Offiziere und Mannschaften wahrscheinlich betäubt wurden und so nicht mehr in der Lage waren, Rettungsmaßregeln zu ergreifen. 18 Gaszellen waren vorher fast alle aufgerissen. Den Mannschaften der hinteren Gondel war es noch möglich, sich mit Rettungsringen zu versehen, unglücklicherweise aber war die Mehrzahl derselben in der vorderen Gondel. Die Trümmer des Luftschiffes sind weit ins Wasser hinabgesunken. Der Sturm dauert in unverminderter Stärke an. Nach der Meldung von Augenzeugen ereignete sich das Unglück genau um 6 Uhr 35 Minuten. Der Fischdampfer „Orion", welcher die Stelle passierte, rettete Oberleutnant Grimm und einen Steuermannsmaat unter großen Schwierigkeiten. Innerhalb acht Minuten war das Luftschiff vollständig gesunken.

Im Bericht des Kapitäns Lühring vom Fischdampfer „Orion" heißt es ferner: Als unser Boot, das mit einem Steuermann und drei Matrosen bemannt und mittels einer Leine mit unserem Dampfer verbunden war, 10 Minuten nach dem Unfall das Luftschiff erreichte, erblickten wir sieben Mann von der Besatzung, von denen vier bis zum Halse im Wasser standen, während drei sich an das Gestell geklammert hatten. Zwei wurden dann von uns gerettet, während weitere fünf Mann von dem inzwischen herbeigeeilten Linienschiff „Hannover" aufgenommen werden konnten.

Die erste Hilfe bei dem Untergang des Marineluftschiffes L 1 leisteten die Linienschiffe „Hannover" und „Schleswig-Holstein". Die gesamte übrige Flotte wurde durch Signale zur Unfallstelle beordert, doch traf anscheinend nur das Torpedoboot „S 107" noch rechtzeitig ein, dem es gelang, drei Personen zu retten. Das Linienschiff „Hannover" rettete vier Personen und brachte sie zusammen mit den anderen drei Geretteten nach Wilhelmshaven. Der orkanartige Sturm hielt die ganze Nacht an. Ein Wasserflugzeug unter Führung des Oberleutnants Lengsfeld, das das Luftschiff umkreist hatte, konnte dem Unwetter mit knapper Not entgehen und kehrte nach Helgoland zurück. Wie weiter gemeldet wird, stürzte das Luftschiff aus einer Höhe von 100 Metern ins Meer.

Nach einer amtlichen Mitteilung befanden sich folgende Personen an Bord des Luftschiffes: Korvettenkapitän Metzing, Kapitänleutnant Hanne, die Oberleutnants zur See Wendt, Freiherr von Maltzahn und Grimm, Marineingenieur Wehner, Steuermann Zimmermann, Obermaschinist Lehmann, die Obermaschinistenmaate Lutz, Müller, Schönwälder und Adam, die Maschinistenmaate Bruder und Starozick, Obersignalmaat Balke, Signalmaat Kürschner, die Bootsmannsmaate Menge und Bansmer und die Funkentelegraphistenmaate Spieler und Helgemeier.

Wie ebenfalls amtlich berichtet wird, wurden gerettet: die Oberleutnants Wendt und Grimm, Obermaschinist Lehmann, Obermaschinistenmaat Schönwälder und die Funkentelegraphistenmaate Spieler und Helgemeier. — Nach privater Mitteilung sind die Wiederbelebungsversuche bei dem bewußtlos aufgefundenen Bootsmannsmaat Bansmer ohne Erfolg geblieben.

Danach sind also 14 Menschen bei dem Unglück ums Leben gekommen.

Ueber das Unglück geht der Presse folgende amtliche Darstellung zu: Nachdem das Luftschiff L 1 bereits erfolgreich an einigen Uebungen der Hochseeflotte teilgenommen hatte, lief es am 9. September 1 Uhr 30 Minuten nachmittags wieder aus der Halle bei Fuhlsbüttel. Die Wetterkarten wurden vorher eingesehen, ein Piletballon wurde aufgelassen und Erkundigungen über das Wetter wurden in Helgoland und bei der Flotte eingezogen, was auch im Laufe der Uebung wiederholt wurde. Das Wetter war gut. Nach den Erkundigungen bestanden für den erfahrenen vorsichtigen Führer des Luftschiffes keine Bedenken gegen das Auslaufen. Auf See wurde bedeckter Himmel und leichter Regen angetroffen, außerhalb Helgolands wurde es unsichtig, dann setzten plötzlich außerordentlich heftige vertikale und horizontale Böen mit schweren wolkenbruchartigen Regengüssen ein. Hierdurch wurde das Schiff heftig in vertikaler Richtung um mehrere Hundert Meter hin und her geworfen und schließlich trotz Ruderlegens und ausgiebigster Abgabe aller Ballastmittel und aller konstigen beweglichen und abnehmbaren Gegenstände mit der Spitze auf die Wasserfläche herabgeworfen, wobei es durch den heftigen Anprall mehrfach in der Mitte durchbrach und zum Sinken geriet. Die Trümmer schwammen bei dem inzwischen aufgekommenen starken Seegang noch eine halbe Stunde vermöge des Gasinhalts der Zellen. Eine Viertelstunde nach dem Unfalle erschienen „Hannover" und der Fischdampfer „Orion" aus Geestemünde an der Unfallstelle und retteten die sechs bereits Genannten von der Besatzung durch Boote. Alsdann kamen weitere Schiffe und Torpedoboote hinzu, welche die Unfallstelle die ganze Nacht und im Laufe des heutigen Tages weiter absuchten. Dabei wurde der Bootsmannsmaat Bansmer in leblosem Zustande treibend aufgefischt. Wiederbelebungsversuche waren erfolglos. Die Offiziere und die gesamte Besatzung des Luftschiffes taten bis zum letzten Augenblick in vorbildlicher Pflichterfüllung alles, was zur Abwendung der Katastrophe geschehen konnte. Das Luftschiff hatte keineswegs eine lange Fahrt zurückgelegt und war sehr reichlich mit Brennstoff und Ballast versehen. Es hatte den Gasvorrat voll aufgefüllt und sich die ganze Zeit bis zum Eintritt des Unglücks seiner weitgehenden Handlungsfreiheit entsprechend in einer als günstig gewählten Höhe von etwa 500 Metern gehalten. An Bord befanden sich zwanzig Personen. Von einer Ueberlastung des Luftschiffes kann um so weniger die Rede sein, als ein Teil der lediglich für den Krieg bestimmten Ausrüstung nicht an Bord war. Es handelt sich mithin bei dem Unfall weder um ein Versagen der technischen Einrichtungen, noch um Ballastmangel oder Gasverlust, sondern um ein unvorhergesehenes Zusammentreffen ganz ungewöhnlich ungünstiger Witterungserscheinungen, also um höhere Gewalt. An der Einschätzung des starren Luftschiffes als Kriegsinstrument wird durch den Vorfall nichts geändert.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Voranzeige

FREITAG UND SONNABEND

gelangen in der Lebensmittel-Abteilung unseres Geschäftshauses

Große Ladungen

6731

Früchte – Gemüse – Kolonialwaren
Käse – Wurst und frisches Fleisch

auserlesene beste Qualitäten — enorm billig zum Verkauf

Lissaboner **Weintrauben** große Beeren . . . . . Pfund **28** ₰

Gelbe **Bananen** 10 Stück **48** ₰

Gelbe **Gurken** zum Einlegen . . . . . Pfund **13** ₰

Schwedische **Kronsbeeren** 10 Pfund 2.40 5 Pfund **1.23** M.

Ia. junges Rindfleisch Bratenstücke Pfd. 90 ₰ Pfd. **80** ₰

Ia. fettes Kalbfleisch Bratenstücke Pfd. 95 ₰ Pfd. **88** ₰

Ia. jung. Schweinefleisch Bratenstücke Pfd. 95 ₰ Pfd. **83** ₰

Ia. junges Hammelfleisch Bratenstücke Pfd. 95 ₰ Pfd. **88** ₰

Kolonialwaren

Reis . . . . . Pfund 30, 27, 22,	18 ₰
Weizenmehl . . . . . Pfund	17 ₰
Reismehl . . . . . Pfund	20 ₰
Grieß, mittel . . . . . Pfund	28 ₰
Hafergrütze . . . . . Pfund	26 ₰
Gerstengrütze . . . . . Pfund	17 ₰
Buchweizengrütze . . . . Pfund	22 ₰
Haferflocken . . . . . Pfund	22 ₰
Graupen . . . . . Pfund	20 ₰
Nudeln, alle Fassons . . . Pfund	38 ₰
Puddingpulver . . . . 10 Pakete	45 ₰
Butter-Zwieback . . . . 8 Stück	10 ₰
Tortenkeks . . . Karton 3 Stück	60 ₰
Kakao, garantiert rein Pfund 1.00	80 ₰

Fettwaren

Speck, fett . . . . . Pfund	90 ₰
Blutwurst . . . . . Pfund	70 ₰
Leberwurst . . . . . Pfund	90 ₰
Delikateß-Sülze . . . . . Pfund	80 ₰
Hamburger Preßkopf Pfund 90,	80 ₰
Zungenwurst, imit. . . . Pfund	1.10
Sardellenwurst . . . . . Pfund	1.20
Meiereibutter . . . . . Pfund	1.20
Allerfeinste Meiereibutter Pfund	1.30
Frische Landeier . . . 13 Stück	1.00
Tilsiter Käse . . . Pfund 90, 70,	60 ₰
Schafkäse, imit. . . . . Pfund	70 ₰
Camembert . . . . . Schachtel	25 ₰
Limburger Käse . . . . . Pfund	50 ₰

Blaue **Pflaumen** 10 Pfund **60** ₰

Rot- und Weiß- **Kohl** feste Köpfe . . . . . Pfund **3** ₰

Lange **Kartoffeln** 100 Pfund frei Haus 2.85 M 10 Pfund **32** ₰

„Rotti"-

Bouillon-Würfel . . . 10 Stück	40 ₰
Suppentafeln . . . . 15 ₰ und	10 ₰
Saucen-Würfel . . . . . Stück	10 ₰

Unsere Hausmarken

Feinste Tafel-Margarine

unter staatlicher Aufsicht aus bestem Rohmaterial bei reichlichster Verwendung von Süßrahm und Eigelb hergestellt, gleichen vollkommen in Geschmack und Aroma feinster Molkerei-Butter.

Ausgewogen Pfund **55** ₰ und **65** ₰ — In Packung Pfund **60** ₰ **68** ₰ **75** ₰ **85** ₰

Unsere neu aufgenommenen Spezialmarken

Frisch geröstete Kaffees

sind unübertroffen im Geschmack, Aroma und Ausgiebigkeit durch sorgfältige Rösttechnik und auserlesene Mischungen.

Holstenmischung I	Holstenmischung II	Holstenmischung III	Holstenmischung IV
Gelbe Packg. ½ Pfund **75** ₰	Blaue Packg. ½ Pfund **70** ₰	Grüne Packg. ½ Pfund **65** ₰	Rote Packg. ½ Pfund **60** ₰

Ferner: In sämtlichen Abteilungen des Hauses Verkauf zu sensationell billigen

REKLAME-PREISEN

Zum Verkauf gelangen hauptsächlich marktgängige, kurante, für die Herbstsaison disponierte Artikel (keine Ausverkaufsware), welche wir bis auf weiteres äußerst scharf kalkuliert unseren Kunden, jedoch nicht an Wiederverkäufer, abgeben.

Damen-Konfektion

Kostüme **diesjähriger Saison**, aus soliden engl. gemust. Stoffen, Jackett auf Seide gearbeitet . **Regulärer Preis sonst 36.00 Reklame-Preis** **18.50**

Kostüme **diesjähriger Saison**, braun u. grau meliert in engl. Charakter, Jackett auf Seide gearbeitet **Regul. Preis sonst 39.00—42.00 Reklame-Preis** **21.00**

Elegante blaue Kostüme neueste Machart . . . . . **Reklame-Preis 28.00 24.00** **21.00**

Uebergangs-Mäntel diesjähriger Saison . . . . . **Regulärer Preis bis 15.00 Reklame-Preis** **6.75**

Elegante Tuchmäntel mit reichem Seidenrevers und Tressen-Garnitur . . . . . **Regulärer Preis bis 33.00 Reklame-Preis** **16.50**

Schwarze Tuch-Paletots **diesjähr. Saison** durchweg auf Seidenserge gearbeitet . . . . . **Regulärer Preis bis 35.00 Reklame-Preis** **17.50**

Kleider-Röcke **diesjähriger Saison** aus vorzüglichen, gemusterten Herbststoffen . . **Regul. Preis bis 6.00 Reklame-Preis 3.95 3.50** **2.25**

Weiße Kleider **diesjähriger Saison** in Indiamull-Stickerei und Voile . . . . . **Regul. Preis bis 28.00 Reklame-Preis 16.75 14.50** **12.75**

Farbige Waschblusen aus Levant. u. Zephir **Regulärer Preis bis 3.50 Reklame-Preis 1.95 1.25 u.** **95** ₰

Moderne

Herren-Beinkleider

aus Cheviot-, Buckskin- und Kammgarnstoffen. Regulärer Preis sonst bis 11.00.

Reklame-Preis 1.95 3.45 5.95 7.50

Kinder-Waschkleider

diesjähr. Saison, aus Zephir u. leinenart. Stoffen

Größe 60/65	Größe 70/80	Größe 85/100
2.95	3.95	5.45

Regulär fast das Doppelte.

Kinder-Herbst-Jacketts

aus Stoffen englischer Art für das Alter von 9—13 Jahren

Serie I Regulär bis 6.75 **2.00** — **Serie II** Regulär bis 9.00 **4.50**

Mehrere Tausend

Damen-Taschen

Moderne Besuchs-Taschen in Mouton, Seehund und Autolack **1.45 1.95 3.50**

Moderne Bügel- u. Überschlag-Taschen auch Kodak- u. Faltenform. **1.95 2.50 4.00**

Regulär das Doppelte und Dreifache.

Kleiderstoffe

Moderne Herbststoffe in gestreiftem Zibeline und Angora . . . . . Regulärer Preis 1.50 **Reklamepreis** Mtr. **95** ₰

Moderne Kostümstoffe 110 cm breit, in neuen Streifen und Melangen Regulärer Preis 2.25 **Reklamepreis** Mtr. **1.25**

130 cm breite Kostümstoffe in mod. Streifen, Noppen u. Herrenstoff-Mustern Reg. Pr. 3.95 bis 4.50 **Reklamepreis** Mtr. 2.45 u. **1.95**

Moderne Schottenstoffe für Kostümröcke . . . . . **Reklamepreis** Mtr. 1.65 u. **1.25**

Modewaren

Moderne Plisseekragen Tüll mit Valencienne-Garnierung ca. 90 cm lang . . . . . **Reklamepreis** **95** ₰

Tüllkragen für Blusen mit Valencienne-Spitzen und Einsätzen . . . . . **Reklamepreis 85 u.** **48** ₰

Blusenkragen in Tüll mit Spachtel-Aufputz . . . . **Reklamepreis 75 u.** **48** ₰

Einseitige Tüll-Jabots mit Valencienne-Ein- u. Ansatz . . . . . **Reklamepreis** **22** ₰

Spachtel-Kragen für Blusen und Jacketts . . . . . **Reklamepreis 95, 48 u.** **28** ₰

HOLSTENHAUS G. M. B. H. LÜBECK.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 213. Donnerstag, den 11. September 1913. 20. Jahrg.

Rußlands Anteil an der türkischen Beute.

Für den Geschichtsschreiber der Orientkrise von 1912/13 wird wohl kaum ein Kapitel so viel Interessantes bieten wie der Anteil Rußlands an der Vorgeschichte, dem Verlauf und dem Abschluß der Balkankriege. Beginnend mit der Vorbereitung des Balkanbundes bis zu den Drohungen an die Adresse der einander bekämpfenden Balkanstaaten und den selbständigen Verhandlungen mit der Türkei, hat die russische Diplomatie in dem Höllenkonzert auf der Balkanhalbinsel die erste Geige gespielt, und nicht so bald wird volle Klarheit darüber herrschen, welch enormen Anteil die Winkelzüge der russischen Diplomatie an den Balkankriegen genommen haben.

Die Erfolge, die die russische Diplomatie davongetragen hat, sind allerdings recht dürftig. Von einer Vorherrschaft des Panslavismus, oder richtiger des Panzarismus am Balkan kann nach dem zweiten Balkankriege keine Rede mehr sein. Das territorial erstarkte Serbien kann der russischen Diplomatie ihre Einmischung zugunsten Bulgariens nicht verzeihen. Und in Bulgarien haßt man Rußland, dem man einen Teil der Schuld an dem Zusammenbruch zuschreibt. In der Kavallafrage trug die russische Diplomatie, infolge der Bockbeinigkeit des sonst so willfährigen französischen Bundesgenossen, einen eklatanten Mißerfolg davon, und auch in der namentlich von Rußland vertretenen Forderung des Finanzboykotts der Türkei traten die verschiedenen Richtungen der Orientpolitik Rußlands und Frankreichs zutage. Auch die heißbegehrte armenische Beute, die eine Zeitlang in das Bereich des Erreichbaren getreten zu sein schien, mußte infolge der ablehnenden Haltung Deutschlands und Englands vorläufig preisgegeben werden. Kein Wunder deshalb, daß die russische Diplomatie nach so vielen Enttäuschungen von weitergehenden Plänen Abstand nimmt und bei der Liquidation der Orientkrise mit Forderungen hervortritt, die ihr in einem günstigeren Augenblick eine ausschlaggebende Position verschaffen können.

Die plötzliche Nachgiebigkeit, die die russische Diplomatie in der Adrianopelfrage plötzlich zeigt, wird nicht ohne Unrecht auf die Konzessionen zurückgeführt, die Rußland bei den unmittelbaren Verhandlungen mit der Türkei herauszuschlagen sucht. Diese Konzessionen bewegen sich in zwei Richtungen hin. Einmal sucht Rußland sich bei der bevorstehenden Reform der Verwaltung in Türkisch-Armenien einen starken Einfluß zu sichern, und andererseits nutzt es seine von früher bestehende Vorzugsstellung aus, um durch Bahnkonzessionen in Anatolien die wirtschaftliche und politische Vorherrschaft im nördlichen Teile Kleinasiens an sich zu reißen. Was die erste Forderung betrifft, vermochte schon das türkische Blatt „Ikdam" im Juli mitzuteilen, Rußland habe die Forderung gestellt, daß russische Beamte in den von der russischen Regierung angegebenen Gebieten Kleinasiens zur „Reform" der Verwaltung herangezogen werden sollten. Widrigenfalls drohte die russische Regierung, gegen die Anstellung europäischer Beamten in türkische Dienste Einspruch zu erheben. Ob die türkische Regierung dieser Drohung Folge leisten wird, und bestimmte Gebiete — offenbar wohl Armenien — den russischen „Reformatoren" ausliefert, steht noch dahin. Jedenfalls berührt es recht eigentümlich, daß der über die türkische Politik am besten informierte Konstantinopeler „Sabach" kürzlich mitteilen konnte, daß die Rahmen der türkisch-russischen Unterhandlungen weit über die Frage der anatolischen Eisenbahnen hinausgingen . . . .

Was die letzte Frage betrifft, stützt sich die russische Regierung bei ihren Konzessionsforderungen auf ein Irade der Pforte vom 20. März 1900, worin die türkische Regierung verspricht, die russischen Konzessionäre zu bevorzugen, wenn sie selbst die Eisenbahnbauten zur russischen Grenze und zur Küste des Schwarzen Meres nicht mit eigenem Kapital bauen und sie nicht selbst exploitieren würde. Das hierdurch gesicherte Vorzugsrecht bezieht sich auf die türkischen Vilajets Wan, Trapezund, Siwas und Kastamuni, also auf einen Gebietsstreifen, der sich von der türkisch-persischen Grenze an der türkisch-russischen Grenze und der Küste des Schwarzen Meeres hin, die Nordwestecke Kleinasiens ausgenommen, erstreckt. Bisher gehörte es zu den Ueberlieferungen der russischen Orientpolitik, das 1900 erworbene Vorzugsrecht im nördlichen Teile Kleinasiens zur Fernhaltung jeder fremden Bahnkonzession auszunutzen, die durch die wirtschaftliche Erschließung Anatoliens und seine festere Angliederung an die Türkei die russischen Aussichten auf die Erwerbung Armeniens schmälern konnte. Nun hat sich aber die Situation wesentlich verändert. Die Bagdadbahn schreitet ihrer Vollendung entgegen. Zwischen England und Deutschland hat bereits eine Einteilung der Interessensphären in Vorderasien stattgefunden. Eine ähnliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich, bei der Frankreich Konzessionen in Syrien und Armenien erhalten soll, scheint unmittelbar bevorzustehen. Rußland selbst hat gegen die Anerkennung seiner Vorherrschaft in Nordpersien durch Deutschland — die Interessen der Bagdadbahn anerkannt und sich verpflichtet, bis zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Verbindungsbahn zwischen Teheran und Khanekin an der Bagdadbahn zu bauen. Das rasende Tempo, mit dem das internationale Kapital in die asiatische Türkei eindringt und sich durch die Anlage von Bahnen „Interessensphären" schafft, veranlaßt nun auch Rußland, an den Bau der anatolischen Bahnen zu schreiten. Zwar hat Rußland auch jetzt keine verfügbaren Kapitalien für diese Bauten; aber nicht umsonst hat die russische Diplomatie einen großen Teil des in Frage kommenden Gebietes an Frankreich abgetreten; auch die Bahnen, die den russischen Einfluß in Kurdistan und Armenistan hineintragen werden, sollen mit französischem Gelde gebaut werden!

Um die politische und wirtschaftliche Bedeutung dieser Bahnen für Rußland in ihrem vollen Umfange zu würdigen, muß kurz noch auf die persischen Bahnen und auf die unaufhaltsam fortschreitende Russifizierung der blühendsten Provinzen Persiens hingewiesen werden. Infolge der verräterischen Politik Englands und zum Teil auch Deutschlands, ist Nordpersien heute bereits eine russische Provinz. Nach heftigem Widerstreben der persischen Regierung, die jetzt mehr denn je zu einer Scheinexistenz verurteilt ist, hat Rußland im Januar dieses Jahres die Konzessionen zum Bau der Eisenbahnen Dschulfa — Täbris und Dschulfa — Urmia erhalten. Während die erste Bahn die persische Provinz Azerbeidschan militärisch und politisch an Rußland fesselt, bildet die zweite Bahn ein Einfallstor in die asiatische Türkei. Der Anschluß einer von Rußland erbauten anatolischen Bahn an diese russisch-persische Linie würde ein unbezwingbares Bollwerk der militärischen und wirtschaftlichen Macht Rußlands im nördlichen Teile Kleinasiens ins Leben rufen.

So mobilisiert auch Rußland seine Macht, um bei der bevorstehenden „Aufteilung" der asiatischen Türkei von den westeuropäischen Staaten nicht an die Wand gedrückt zu werden. Heute schwören noch die europäischen Mächte auf die „Integrität" der asiatischen Türkei, wie sie noch vor einem Jahr auf den Status quo am Balkan geschworen haben. Aber wenn sich Deutschland, Rußland, England, Frankreich, durch gewaltige Kapitalsanlagen interessiert, und durch auseinandergehende politische Absichten voneinander geschieden, bis an die Zähne bewaffnet, in Vorderasien gegenüber stehen werden, wird die asiatische Türkei einen Herd internationaler Komplikationen und fortwährender Kriegsgefahren bilden, der die Balkanhalbinsel in den Schatten stellen wird.

Aus der Partei.

Polizei und Massenstreik. Die Parteileitung von Groß-Berlin hatte für diesen Freitag die Funktionäre zusammenberufen, um einen Vortrag über den belgischen Massenstreik zu hören. Als Redner waren die Genossen Huysmanns und Vandersmissen vorgesehen. Es handelte sich keineswegs etwa um eine geheime Veranstaltung, die Sache war im Gegenteil so wenig geheim, daß die bürgerliche Presse schon vor einigen Tagen von dieser Zusammenkunft berichten konnte. Die „Post" schrie gleich ganz entsetzt nach der Polizei, und diese hat dem Kommando des Scharfmacherblattes schleunigst Folge geleistet. Dem Genossen Eugen Ernst ging nämlich am Mittwoch folgendes Schreiben des Berliner Polizeipräsidiums zu:

„Der Polizeipräsident. Berlin C. 25, den 9. Sept. 1913.
Abteilung VII. Alexanderstr. 3/6.

In einer für den 12. dieses Monats vorgesehenen Konferenz der Funktionäre des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend sollen die Belgier Camille Huysmanns und L. Vandersmissen über das Thema sprechen: Warum und wie wurde der Generalstreik in Belgien organisiert?

Ich mache darauf aufmerksam, daß ich diese Berichterstattung durch Ausländer nicht dulden und ihr mit sofortiger Landesverweisung entgegentreten werde.

In Vertretung
Friedheim."

Erreicht hat die Polizei damit nichts, die Versammlung findet trotzdem statt, nur daß an Stelle der gewaltsam verhinderten ausländischen Redner ein deutscher Genosse sprechen wird; aber die Berichte, die die beiden belgischen Genossen mündlich zu erstatten verhindert wurden, werden zur Verlesung gelangen.

Ein Parteiblatt beschlagnahmt. Am Sonnabend nachmittag 1½ Uhr erschienen in den Geschäftsräumen unseres Bayreuther Parteiblattes, der „Fränkischen Volkstribüne", zwei Sergeanten und ein Wachtmeister der Kriminalpolizei. Sie eröffneten dem Geschäftsführer, daß das Amtsgericht auf Antrag des Staatsanwalts die Beschlagnahme der eben erschienenen Nummer der „Fränkischen Volkstribüne" beschlossen habe. Als Ursache wurde eine in der Nummer enthaltene satirische Illustration über die Kelheimer Veranstaltung angegeben. In dieser Illustration ist ein bayerisches Idyll gezeigt. Eine Anzahl uniformierter Personen sitzt bei schäumenden Maßkrügen, die von beleibten Schwarzbefrackten kredenzt werden. Aus echten „Regensburger Knackwürsten" sind die Girlanden gebildet und zur Vervollständigung des Idylles fehlt der obligate bayerische Radi und die Schmalzler-Schnupftabacksdose nicht. Das Bild ist vor einer Woche im „Vorwärts" veröffentlicht worden, ohne daß jemand daran etwas Anstößiges gefunden hat. Der Staatsanwalt in Bayreuth aber will unter den karikierten Personen den — Prinzregenten Ludwig erkannt haben, der durch diese Veröffentlichung beleidigt worden sein soll! Die Polizei wollte die ganze Sonnabendsauflage der „Fränkischen Volkstribüne" konfiszieren, kam aber zu spät. Es fielen ihr

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(19. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Nein, mein Freund! Ich weiß und fühle es: Sie meinen es ernst, sie sind mir gut, Ihr Herz schlägt für mich — aber kann es nicht auch für mich schlagen wie für einen guten Kameraden?"

Sie hatte seine Hand gefaßt.

„Kann diese Hand", fuhr sie fort, „nicht dennoch mir gehören, auch wenn ich sage, daß sie nicht unwiderruflich an mich fesseln will und kann? Seien Sie mir nicht böse, aber ich kann nicht anders! Zwischen uns soll Wahrheit sein! Ich selbst will es Ihnen sagen, wenn die Stunde da ist, die mich an Ihr Herz reißt! Ich verspreche es Ihnen!"

„Und wenn diese Stunde nicht kommt, Marie?"

„Dann denke ich, bleiben wir, was wir waren — zwei gute Kameraden!"

Mit kräftigem Drucke ließ sie seine Hand los.

„Sehen Sie", fuhr sie dann fort, „wir beide haben so viel zu tragen, daß es wirklich not tut, daß wir uns gegenseitig zuweilen stützen — wollen wir uns zu alledem noch die neue Last auflegen, die Sorge um unsre gemeinsame Zukunft?"

„Diese Sorge würde leicht sein —"

„Ich glaube es Ihnen! Aber es wäre und bliebe doch eine Sorge — und glauben Sie mir, diese grauen Vögel können uns jedes Lachen vom Gesicht und jeden Scherz von den Lippen vertreiben! Kommen wir ihnen nicht zu nahe — das ist ein Gebot der Klugheit!"

„Ich gehorche Ihnen, Marie! Aber beim Worte will ich Sie nehmen, wenn die Stunde kommen sollte, wo Sie mehr in mir sehen werden als den guten Kameraden. — Werden Sie es mich wissen lassen?"

„Ja!"

Ruhig und sicher klang dieses Ja.

„Ich werde warten, Marie! Aber auch das andere müssen Sie mir versprechen, daß Sie es mir sagen, wenn Ihr Herz an jemand anders sich gefesselt fühlen sollte — Wollen Sie mir auch das versprechen, Marie?"

Und ruhig und schlicht, wie vorhin, wiederholte sie:

„Ja!"

„Ich danke Ihnen, liebe Marie! Wir haben uns ausgesprochen, wie es zwei ehrliche Menschen, die es gut mit einander meinen, tun sollen! Es ist mir jetzt leichter ums Herz!"

Sie gingen langsam die stillen Wege zurück zur Stadt. Keins von beiden sprach mehr ein Wort, und doch fühlten sie beide, daß dieses Schweigen beredter war als Worte; denn klar stand es vor ihnen: sie hatten einen Bund geschlossen, der ganz anders war, als sonst der Bund zwischen Mann und Weib. Keine Lebensgemeinschaft, keine Erwerbsgenossenschaft verband sie, sondern allein der starke Wille, sich gegen eine mitleidlose und pharisäische Welt in gemeinsamem, ehrlichem Kampfe behaupten zu wollen. Und auch das andere fühlten sie mit Sicherheit: Daß dieser Kampf größer und schöner war als der gegen die kleinen Sorgen des Lebens.

* * *

Mit tiefer Bewegung hatte Doktor Graßner die Schilderung Karl Haltmanns über die letzten Vorkommnisse angehört. Er hatte kein Wort der Mißbilligung dafür, daß Haltmann sich trotz der gegen ihn verhängten Ausweisung in der Residenz aufhielt, und ging sogar so weit, ein solches Verhalten als einen Notstand im Sinne des Gesetzes zu bezeichnen; Arbeit und Beschäftigung suchen, so meinte er, müsse der Mensch, und durch wiederholte Ausweisungen würde ein wahrer Notstand bei ihm hervorgerufen, in dem die Strafbarkeit einer unter normalen Umständen strafbaren Handlung ausgeschlossen erscheinen müsse.

Es war noch zu früher Morgenstunde, als diese erste Unterredung stattfand, noch vor der Zeit, zu der sich Doktor Graßner zur Wahrnehmung der Termine in die Gerichte zu begeben pflegte. Er bat Haltmann, sich gegen Abend wieder zu ihm zu bemühen; er denke, im Gerichtsgebäude mehrere Kollegen zu treffen, wolle mit diesen über Haltmanns Schicksal sprechen und erfahren, was sie darüber dächten. Er hoffe aber, am Abend ihm einen günstigen Bescheid geben zu können.

Klopfenden Herzens ging Haltmann zur bestimmten Abendstunde wieder zu Graßner. Dieser empfing ihn mit freundlichem Lachen.

„Uns ist wieder einmal geholfen!" rief er.

Haltmann sah ihn, das Rätsels Lösung erwartend, gespannt an.

„Sie wundern sich?" fuhr Graßner fort. „Aber es ist immer so: wenn der Weg am finstersten ist, so steht plötzlich der einsame Wanderer die Lichter seines Wanderziels vor sich leuchten."

Er bot Haltmann eine Zigarre an.

„Ich habe Ihren Fall heute in aller Ausführlichkeit im Anwaltzimmer vor etwa einem Dutzend Kollegen vorgetragen; die Gelegenheit war gerade günstig, denn alle hatten sich eben über die Polizei und den Staatsanwalt geärgert. Als ich Ihr Unglück erzählt hatte, herrschte wahre Raserei im Zimmer. „Leben wir denn in Rußland?" „Gibt es denn gegen diese Willkür der Verwaltungsbehörden keinen Rechtsweg?" So klangen die Stimmen durcheinander, und verschiedene Kompliment- gegen Polizei und Staatsanwalt wurden laut, die ich mich aber hüten werde, wiederzugeben."

Er sah Haltmann lächelnd an, und man merkte es, daß der Mann sich freute, als sei ihm persönlich durch die geschilderte Haltung seiner Kollegen eine Genugtuung geworden.

„Was mich aber am meisten freute", fuhr Doktor Graßner fort, „das war der Umstand, daß unter denen, die die schärfsten Worte gegen die Polizei und die Gerichte brauchten, sich auch Herr Geheimrat Schettler, Ihr früherer Chef, befand."

„Was sagte er?" fragte Haltmann gespannt.

„Nur Gutes! Ihre Tat hat er längst verschmerzt und sieht sie heute als eine jener Handlungen an, die aus unergründlicher, dunkelster Tiefe eines Menschenherzens an das Tageslicht emporsteigen und in einem einzigen Augenblick ganze Menschenschicksale vernichten können. „Aber dem Reuigen freie Bahn!", so sagte er. Und er selbst war es, der folgenden Vorschlag machte."

Graßner stäubte mit dem kleinen Finger seiner rechten Hand, an der ein kleiner, funkelnder Diamant blitzte, die Asche seiner Zigarre auf die Porzellanschale ab und nahm dann aufs neue das Wort:

„Herr Geheimrat Schettler war der Ansicht, daß es für Sie, um den überall drohenden Ausweisungen aus dem Wege zu gehen, doch das beste sei, wenn Sie sich in ihre Heimat begeben, von wo sie nicht ausgewiesen werden dürfen."

Haltmann sah ihn fragend an und meinte:

„Das ist ein kleines Ackerstädtchen und von kaum tausend Einwohnern — wer soll mir da Arbeit geben?"

Doktor Graßner nickte.

„Alles ist erwogen und erledigt. Hören Sie nur zu! Sie werden sich eine Schreibmaschine anschaffen, ein gutes System. Werwenden Sie für den Ankauf der Maschine von Ihren neunhundert Mark so viel, als Sie entbehren können; für den Rest will ich die Bürgschaft übernehmen oder ihn selbst für Sie auslegen. Meine Kollegen und ich, Herr Geheimrat Schettler an der Spitze, wir haben uns untereinander das Versprechen gegeben, Ihnen durch die Post in ihren Heimatort genügend schriftliche Arbeiten zu senden, daß Sie sich während der nächsten zwei Jahre über Wasser halten können. Wir werden unser Versprechen halten, und ich glaube kaum, daß Sie sich jemals über Mangel an Beschäftigung zu beklagen haben werden; wir setzen voraus, daß Sie ebenso pünktlich und sorgfältig sind, wie Sie sich bei mir erwiesen haben. Durch diese Art der Beschäftigung sind Sie völlig selbständig; Sie haben keine Kollegen, die eines Tages hochmütig erklären könnten, daß sie nicht länger mit Ihnen zusammen arbeiten wollten, und Sie haben keine Polizeide-

nur 48 Exemplare in die Hände. Da der Staatsanwalt aber die Postbehörde veranlaßte, die ihr zur Beförderung übergebenen Nummern der „Fränkischen Volkstribüne" zurückzuhalten, verfielen doch ungefähr noch zweitausend Exemplare der Beschlagnahme. Dafür wurden neue Nummern gedruckt, die Illustration weggelassen und die Leser durch eine Notiz in dem weißen Raum von dem Vorgefallenen unterrichtet. Gegen die Beschlagnahme wurde sofort Beschwerde erhoben und dem Gericht Schadenersatzansprüche in Aussicht gestellt.

Die Parteitagsnummer der „Neuen Welt" sucht in diesem Jahre den wissenschaftlichen und künstlerischen Strömungen gerecht zu werden, welche die alte Saale-Universitätsstadt Jahrzehnte lang zu einem der Brennpunkte für Deutschlands Geistesentwickelung machten. „Aus Jenas Glanzzeit" gibt ein Artikel A. Conradys ein fesselndes, historisches Bild; Franz Diederich plaudert über „Goethe und Jena"; Albert Rudolph zeichnet das Leben eines der bedeutendsten und wirkungsreichsten Jenenser Bürgers in seinem Artikel „Ernst Abbe und sein Werk". Eine Anzahl von gut herausgekommenen Bildern verleiht der Nummer ein lebhaftes Gepräge.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnkämpfe im Sattlergewerbe. Der Lohnkampf in den Spezialbetrieben für Offiziersausrüstungen in Berlin nimmt durch das Verhalten des Arbeitgeberbundessekretärs Herrn Nasse, des Streikbrecheragenten Adolf Koch und seiner angeworbenen Hintzegarde immer schärfere Formen an. Doch vergeblich bemüht sich Herr Nasse, seinen Auftraggebern gerecht zu werden. Auch Streikbrecheragent Koch hat trotz seiner Versprechungen von 7,50 Mark Tagelohn entschieden Pech. Seine angeworbenen Schützlinge verteidigten ihn noch am Freitag, dem 5. September mit Dolch und Revolver, als Streikende sie auf den Lohnkampf hinwiesen; aber schon am Sonnabend drehten sie den Spieß um und wollten gegen Koch handgreiflich werden, als sie insgesamt von der bestreikten Firma Pose wieder entlassen wurden, ohne den versprochenen Lohn zu erhalten. Auch die Bemühungen, Heimarbeiter als Streikbrecher zu werben, schlugen gänzlich fehl, so daß zu erwarten ist, in einigen Tagen wird der Kampf zugunsten der Arbeiter entschieden sein. Die Bewegung der Berliner Linoleumleger und Teppichnäher ist zum größten Teil erledigt, nachdem die meisten Firmen die Forderungen der Arbeiter unterschriftlich anerkannt haben. In fünf Betrieben mit 30 Arbeitern wird der Streik fortgesetzt. Die Firma Dolfis & Helle, Sportartikelfabrik in Braunschweig sucht in vielen bürgerlichen Zeitungen unter den glänzendsten Versprechungen, arbeitswillige Sattlergehilfen anzuwerben.

Unternehmerterrorismus in der Gummi-Industrie. Ein eingefleischter Gegner des Koalitionsrechtes ist die Firma The Radium Rubber & Co. Gummifabrik in Delbrück. Die Organisation in dem Herrn Direktor Vogel schwer verhaßt, können doch durch sie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Gummiindustrie herbeigeführt werden. Der Betrieb zeigt in den letzten zwei Jahren eine glänzende Entwicklung, umfangreiche Vergrößerungen sind in allen Betriebsabteilungen durchgeführt worden; jedoch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse haben mit dieser Entwicklung nicht gleichen Schritt gehalten. Schon mehrere Male mußten die Arbeiter durch Arbeitsniederlegung eine Erhöhung der Löhne erkämpfen. Erst im Vorjahre mußten die Arbeiterinnen in der Abteilung Näherei durch eine spontane Arbeitsniederlegung einen 10prozentigen Lohnabzug rückgängig machen. Trotz der glänzenden Rentabilität versucht die Firma neuerdings die Arbeiter noch mehr unter ihre Fuchtel zu bekommen. Mit allen Mitteln versucht Herr Vogel, die Arbeiter von der Organisation fernzuhalten, und wer sich ihr nicht fernhält, wird rücksichtslos entlassen. Kürzlich wurde den Arbeitern, die schon länger bei der Firma beschäftigt sind, eröffnet: man wolle einen festen Vertrag mit ihnen abschließen auf mehrere Jahre, aber nur mit denen, die nicht organisiert seien; die zurzeit noch im Verbande wären, müßten unbedingt ihren Austritt erklären. Durch die mißlichen Verhältnisse gezwungen, verpflichteten sich die Arbeiter, dies zu tun und kehrten der Organisation den Rücken. Ehrenwörtlich mußten sie diese Erklärung abgeben. Mittels des schlimmsten Terrorismus ist nun die Bahn frei, auch die übrigen Arbeiter der Abteilung dem absolutistischen Willen der Direktion zu unterordnen. Zwei Lohnklassen wurden jetzt geschaffen, die jüngeren bekommen 55 Pfg., die im Vertragsverhältnis stehenden 60 Pfg. pro Stunde. Herrn Vogel liegt anscheinend der letzte Streik noch arg im Magen und die Besorgnis, daß dies wieder eintreten könnte, treibt ihn dazu, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu verbieten, um den dreimal geheiligten Profit der Firma zu sichern. Das Koalitionsrecht ist ein auch dem Arbeiter gesetzlich gewährtes Recht! Aber kein Staatsanwalt schreitet ein, kein nationalliberaler Freiheitsschärmer erhebt seine Stimme zum Schutze der rechtlosen Arbeiter, kein Unternehmerblatt nimmt von diesem Terorismus Notiz. Aber gerade dieser Terror wir den Arbeitern die Augen öffnen und sie veranlassen, sich den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen.

Sieg der streikenden Naphthaarbeiter. Der Streik der Naphthaarbeiter geht seinem Ende entgegen. Es streiken nur noch ca. 5 000 Arbeiter bei dem Naphthakönig Nobel und einige kleinere Betriebe. Mehr als drei Viertel aller streikenden Arbeiter, d. h. über 30 000 Arbeiter haben den größten Teil ihrer Forderungen durchgesetzt und die Arbeit wieder aufgenommen. Man hofft in Baku, daß es den Streikenden gelingen würde, auch den Widerstand Nobels zu brechen. Dann werden die Naphthaarbeiter von Baku einen Sieg auf der ganzen Linie feiern können. Wie uns nachträglich aus Baku geschrieben wird, zeichnete sich der diesjährige Streik der Naphthaarbeiter durch eine erstaunliche Aktivität der nichtqualifizierten Arbeiter aus, die hier zum größten Teil aus Persern und Tataren bestehen. Feste Disziplin und das Fehlen jeglicher Exzesse seitens der Arbeiter bildeten das Wahrzeichen des Ausstandes.

Eine Firma, die in der Dividende erstickt! Die Porzellanfabrik Kahla sitzt wieder einmal fest. Das bedeutet für andere Unternehmungen, daß sie in Zahlungsschwierigkeiten sich befinden; hier aber ist das Umgekehrte richtig. Denn — das sind die Worte des betreffenden Prospektes — trotzdem „das abgelaufene Geschäftsjahr durch eine Arbeitseinstellung in Hermsdorf und Freiberg und eine dadurch bedingte (!) Arbeiteraussperrung in Kahla und Zwickau erheblich beeinträchtigt wurde", war die Gesellschaft in der Lage, 4 % Dividende und 18½ % Superdividende, in Summa also 22½ %, für 1912 „auszuschütten". Früher zahlte Kahla wiederholt 35 %, aber damals hatte das nichts zu sagen, denn die Arbeiterschaft kümmerte sich um die Höhe der Dividenden nicht allzu sehr. Aber neuerdings stehen allzu hohe Dividenden in „schlechtem Geruch" und man erweitert deshalb gern das Aktienkapital, um an dem Dividendengoldstrom größere Summen sich netzen zu lassen, wodurch dann die Dividende nach außen hin doch nicht allzu hoch erscheint. Dieses Bestreben ergibt sich hier offenbar aus der Tatsache, daß die Gesellschaft, obwohl sie im letzten Jahre einen Netto-Reingewinn von 1 446 916 Mark zu verzeichnen hatte, 400 Aktien à 1000 Mark neu ausgibt. Sie hätte mit Leichtigkeit diese 400 000 Mark aus dem Riesen-Reingewinn nehmen und den Bedarf auf diese Weise decken können, umsomehr, als man ja die Kleinigkeit von 519 386 Mark auf „neue Rechnung" vortrug. Natürlich wandern von diesen 400 neuen Aktien beschlußgemäß 90 % in die Hände der jetzigen Aktionäre, denen diese Aktien mit 250 % anzubieten sind, während die Kahlaischen Aktien am letzten Sonnabend an der Berliner Börse mit 338 notiert wurden. Jeder Aktionär, der solch eine 1000-Mark-Aktie für 2500 Mark neu erwirbt, hat also gegenüber dem Börsenkurs einen Ertragewinn von 880 Mark, die er eben direkt im „Handumdrehen" verdiente, wenn er die Aktie sofort an der Börse zum Verlauf bringen würde. Die 1500 Mark aber, die er, wenn er die Aktie behält, über ihren Nominalwert bezahlt, gehen ihm durchaus nicht verloren, denn da der Agiogewinn dem Reservefonds zugeschrieben werden muß, erhöht sich also ohne Weiteres wieder um soviel der Wert der in seinen Händen befindlichen Aktien. Wie außerordentlich die Gesellschaft besorgt ist, das „gute Verhältnis zwischen der Gesellschaft und den Arbeitern aufrecht zu erhalten", ergibt die Tatsache, daß die Generalversammlung der Witwenkasse 3000 Mark und der Arbeiterunterstützungskasse 13 000 Mark, in Summa also 16 000 Mark überwies, so daß also bei einer Arbeiterzahl von 2850 auf den Kopf 5,61 Mark „Tantieme" entfielen, während die 6 Aufsichtsratsmitglieder für ihre wahrhaft „aufreibende" Tätigkeit 117 529 Mark oder pro Mann 19 588 Mark überwiesen erhielten. Aus dieser Gegenüberstellung läßt sich nachfühlen, warum Porzelliner sehr oft, Aufsichtsratsmitglieder aber wohl nie an Schwindsucht sterben. Und angesichts solcher Tatsachen wundern sich die mit jeder ihrer Herzensfasern natürlich „staatserhaltenden" Glücksspitze von Aktionären, wenn die Arbeiter nicht mehr an das ihnen vorgesungene Claqueta von der „Harmonie zwischen Kapital und Arbeit" glauben wollen.

Die Probe aufs Exempel. Durch die Zeitungen ging kürzlich die Notiz, daß drei Mälzereiarbeiter vom Erfurter Landgericht zu 1100 Mk. Schadenersatz an einen Streikbrecher verurteilt worden waren, dessen Entlassung sie nach Beilegung des Streiks gefordert und durchgesetzt hatten. Hier das Gegenstück aus Unternehmerkreisen: In der Brauerei Brettreich in Stolp wurde ein Brauer mit folgenden Worten entlassen: „Ich kann Ihnen in Ihrer Arbeit nichts nachsagen; Sie sind fleißig und nüchtern gewesen, aber Sie gehören einem sozialdemokratischen Verbande, ja sogar dem Vorstand an und Sie waren auch der größte Hetzer bei der Streikbewegung." Der Entlassene tröstete sich mit der Hoffnung, daß man auch in anderen Stolper Brauereien sein Brot verdienen könne. Er wurde aber nirgends eingestellt, weil die Stolper Brauereibesitzer unter Hinterlegung von 300—1000 Mk. beim Syndikus der Stolper Handelskammer sich verpflichtet haben, vor Ablauf eines Jahres keinen Mann von einer anderen Stolper Brauerei einzustellen. Ein anderer junger, von Brettreich entlassener Brauer wurde in einer anderen Brauerei nicht eingestellt unter Hinweis darauf, daß man sonst Strafe zahlen müsse, obwohl in diesem Betriebe zwei Brauer notwendig gebraucht wurden. Der junge Mann durfte dann bei Brettreich weiterarbeiten unter der Bedingung, daß er aus dem Verbande austrete. Der Brauerei- und Mühlenarbeiterverband wird dem Entlassenen durch Schadenersatzklage die Möglichkeit zu der Feststellung geben, ob in Stolp von Rechtswegen die Brauereibesitzer mit derselben Elle gemessen werden, mit der vom Landgericht Erfurt drei Mälzereiarbeiter gemessen wurden.

Maßregelungen bei der Versicherungsgesellschaft „Deutschland" in Berlin. Die Direktion dieser Gesellschaft verlangte vor einigen Tagen von ihren in der Registratur beschäftigten Angestellten, daß sie die durch Kündigung und Krankheit einiger Angestellten entstandenen Arbeitsrückstände in Überstunden aufarbeiten sollten. Die Arbeitszeit sollte um zwei Stunden täglich verlängert werden. Während solche Überarbeit von der Gesellschaft sonst bezahlt wird, sollte diesmal die Arbeit ohne Entschädigung geleistet werden. Die Angestellten verweigerten deshalb die Leistung der Überarbeit. Die Folge war, daß ein Teil von ihnen von der Leistung der Überstunden befreit wurde, während vier Angestellte am 6. September entlassen wurden. Der Direktor Mertins erklärte den Angestellten, daß sie länger zu arbeiten hätten, wenn er die Dienststunden, die regulär von 8 bis 4 Uhr dauern, verlängere und sei es selbst bis 8 Uhr und noch länger. Der Anordnung der Direktion haben sich nur vier der Angestellten und ein Lehrling gefügt, während sonst regelmäßig 23 Angestellte in der Registraturabteilung beschäftigt sind. Die Direktion sucht nun nach Arbeitskräften; es findet sich jedoch niemand, was bei der von der Direktion gebotenen Entlohnung von 75—90 Mk. monatlich auch kein Wunder ist. Die entlassenen Angestellten sind Mitglieder des Verbandes der Bureauangestellten. Dieser fordert deshalb alle Angestellte auf, Solidarität zu üben und alle Angebote der Direktion der „Deutschland" zurückzuweisen.

Christlicher Schwindel. Die Zentrumspresse und der „Deutsche Metallarbeiter" (Organ des christlichen Metallarbeiterverbandes) suchen den für die Arbeiter glücklich verlaufenen Lohnkampf bei der Firma Wurag in Hohenlimburg in jeder Art zu diskreditieren. Sie faseln von Kontraktbruch, den die zum Teil dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband angehörenden Arbeiter begangen hätten. Dann aber heißt es in ihren Pressenotizen: „Im Verlauf des Streiks sind schwere Ausschreitungen vorgekommen. Im Fabrikbureau sind sämtliche Fensterscheiben zertrümmert, ein Automobil schwer beschädigt und erst, nachdem der Regierungspräsident und der Landrat von Iserlohn vermittelnd eingriffen, ist es zur Beilegung des Kampfes gekommen ... Es liegt uns fern, die Streikenden selbst dafür verantwortlich zu machen. Zweifellos aber ist, daß das provokatorische Verhalten der führenden Genossen und besonders des sozialdemokratischen Blattes, der „Lüdenscheider Volksstimme", jene Stimmung zu erzeugen mitgeholfen hat, die in den Ausschreitungen sich entlud." — Ein frecherer Schwindel ist wohl niemals in die Welt gesetzt worden. Festgestellt ist, daß kein Streikender an den Ausschreitungen beteiligt war. Dies wurde sogar durch die Hohenlimburger Behörde bestätigt. Die Ausschreitungen wurden durch die Hintzegardisten und Siebenmonatskinder verübt, die ungefähr 65 Mann stark ihren Einzug hielten und sich recht provokatorisch benahmen. Es gehört anscheinend zum Geschäft der Christlichen, gegen freiorganisierte Arbeiter und Sozialdemokraten mit Verleumdungen zu Felde zu ziehen.

Aus der Jugendbewegung.

Eine kommunale Jugendpflegestätte. In Nordhausen wurde das erste, der bürgerlichen Jugendpflege dienende Vereinshaus der Provinz Sachsen eingeweiht, das mit städtischen Geldern erbaut wurde. Es hat 160 000 Mark gekostet. Bei der Einweihung fehlte selbstverständlich der übliche Hurrapatriotismus nicht. Der „entschiedene Liberalismus" zeigte sich umso knechtseliger, da die liberale Stadt Nordhausen die Erlaubnis erhalten hatte, das Jugendheim „Kaiser-Wilhelm-Haus" nennen zu dürfen. Auch die Kriegshetzerei feierte Orgien. Wie so oft, so waren es auch hier die Vertreter der Kirche und der Schule, die diesen Geist am lautesten und widerlichsten propagierten. So erklärte der Generalsuperintendent der Provinz Sachsen D. Jakobi-Magdeburg: „1870 hat gezeigt, welche Kräfte im deutschen Volke vorhanden sind. Es hat aber den Anschein, als wenn bei der jetzigen Generation, bei einem neuen Kriege — den Gott verhüten möge — diese Begeisterung nicht mehr in dem Maße vorhanden ist, wie damals. Daher gilt es, sich der Jugend anzunehmen." Der Schulinspektor des Kreises Nordhausen erklärte, nachdem er die Gott- und Vaterlandslosigkeit verurteilt hatte: „Deine Seele wollen sie Dir rauben, Dir Dein Blut aus den Adern saugen, Dir das Eisen aus Deinen Sehnen stehlen. Du aber sei wie der deutsche (!) Erzengel Michael und triff den Drachen mit der Schärfe des Schwertes." — Das ist der Geist, der in diesem Heim zur Pflege der Jugend wirken soll. Im Hinblick auf solche Leistungen heißt es, doppelt wachsam und eifrig sein, die Arbeiterjugend von einer solchen Stätte fernzuhalten.

Ein Führer des Jungdeutschlandbundes wurde, wie uns aus Königsberg i. Pr. berichtet wird, in Langfuhr verhaftet. Ihm werden Vergehen gegen § 174 des Strafgesetzbuchs zur Last gelegt. Er soll mit vielen Jugendlichen strafwürdigen Verkehr gepflogen haben und bereits wegen Vergehens gegen § 175 St. B. G. vorbestraft sein.

Soziales.

Christliche Streikbrecherlieferanten. Im Juni dss. Js. traten in dem Karlsruher Sägewerk Langbein u. Co. die freien und christlich organisierten Arbeiter in den Streik, weil der Vertrauensmann schikaniert und plötzlich entlassen wurde. Die 28 streikenden Arbeiter waren in nicht weniger als sieben Verbänden organisiert, davon drei im christlichen Holzarbeiter- und einer im christlichen Metallarbeiterverband. Bald nach Ausbruch des Streiks erklärte der christliche Holzarbei-

---

hörde, die Sie durch Ausweisung oder sonstige Maßregeln wieder aus Lohn und Brot drängen kann!"

„Meinen tiefgefühlten Dank, Herr Doktor!"

„Schon gut, lieber Haltmann! Ich bin aber noch nicht ganz zu Ende — deshalb hören Sie mich noch einen Augenblick an."

Haltmann sah ihn fragend an.

„Eine Kleinigkeit noch! Die zwei Jahre werden Sie also auf diese Weise ohne Mangel überstehen können. Dann aber sind Sie frei, und keine Polizei und keine Behörde kann Ihnen die Niederlassung an irgendeinem Orte mehr verwehren. Dann kommen Sie zu uns in die Residenz, und Sie dürfen überzeugt sein, daß Sie hier Stellung und Brot finden werden."

Haltmann sprach nichts. Er hatte die Empfindung, als würde jedes Wort, das er etwa sagen würde, nur wie eine Entweihung klingen gegenüber der einfachen, schlichten Art dieses Mannes.

Erst nach einer Weile sagte er:

„Ich hatte die neunhundert Mark, die ich besitze, zum Schadenersatz für Herrn Geheimrat Scheitler bestimmt —"

Großner wehrte ab.

„Ich habe das Herrn Geheimrat Scheitler gesagt. Er hat mich, Ihnen zu erklären, daß er Ihren Willen dankend für die Tat annehme; Sie würden die neunhundert Mark zurzeit jedenfalls in Ihrem Interesse besser brauchen können. Wenn es Ihnen später einmal sehr gut ginge, so sei zur Rückerstattung noch immer Zeit, und er würde dann noch immer aus der Rückzahlung des Betrages entnehmen können, daß er durch sein Eintreten heute einem braven und ehrlichen Charakter, der nur einmal gestrauchelt sei, vorwärts geholfen habe. Machen Sie sich also um diese Angelegenheit jetzt keine Kopfschmerzen, lieber Haltmann."

„Und nun, lieber Freund, kaufen Sie Ihre Maschine und reisen Sie so bald wie möglich ab, damit Ihnen nicht noch irgendwelche Scherereien mit der hiesigen Polizei erwachsen."

„Noch mit dem Nachtschnellzug reise ich, Herr Doktor!"

„Gut! Sobald Sie daheim angekommen sind, schreiben Sie mir, und sofort sollen Sie Arbeit in Hülle und Fülle haben. Wir haben vereinbart, daß alles durch meine Hände gehen soll, und daß Sie daher auch alle fertigen Arbeiten wieder an meine Adresse zurückschicken. Ich lasse sie dann den einzelnen Kollegen zugehen."

Er hatte sich erhoben, Haltmann ebenso. Noch ein kräftiger Händedruck; dann schieden die beiden Männer. Als Haltmann vor die Hausür trat und empor zu den blitzenden elektrischen Bogenlampen schaute, erschien ihm das Licht trüb und neblig.

Haltmann hatte bald eine Schreibmaschine gefunden. Er bezahlte den Kaufpreis bar und ließ die Maschine an seine postlagernde Adresse in seine Heimatstadt schicken.

Dann warf er einen Blick auf die Uhr. Genau sieben! Um 11 Uhr 20 Minuten fuhr der Nachtzug, der ihn heimwärts bringen sollte. Er kam dann um 1 Uhr in seinem Heimatstädtchen an, wo alle Züge hielten, da hier ein belebter Kreuzungspunkt von drei Linien war.

Noch vier Stunden also bis zur Abreise! Schnell entschlossen trat er in ein Restaurant, ließ sich Schreibmaterialien geben und schrieb:

Verehrtes Fräulein Marie!

Alles gut! Ich reise heute nacht 11 Uhr 20 Minuten in meine Heimat, wo ich Beschäftigung und Arbeit erhalte. Kann ich zum Abschied Sie noch einmal sehen? Geben Sie dem Boten Antwort, und verzeihen Sie, wenn ich diese Zeilen in Ihre Geschäft schicke. Ihr Karl Haltmann.

Er gab den Brief einem herbeigeholten Dienstmann und beauftragte ihn, die Antwort wieder in das Restaurant zurückzubringen, wo er warten werde.

Unruhig sah er der Wiederkehr des Boten entgegen. Es währte jedoch geraume Zeit, bis dieser zurück war. Endlich kam er.

„Das Fräulein läßt einen schönen Gruß sagen", bestellte er, „und die Antwort stände da drin —"

Dabei übergab er einen Brief. Haltmann lohnte den Dienstmann ab, öffnete dann hastig den Umschlag und las mit fliegenden Augen:

Mein lieber Freund!

Meinen herzlichsten Glückwunsch zu Ihrem Freudenruf „Alles gut!" Aber kommen kann ich heute abend nicht — seien Sie mir nicht böse. Wenn man so ernsthafte Unterredungen gehabt hat, wie wir beide gestern abend, so tut man gut, eine gewisse Zeit bis zum nächsten Wiedersehen verstreichen zu lassen. Man wird dann gewahr, ob und wie eine solche Unterredung in uns nachklingt, und dabei kann man die Richtschnur finden für sein weiteres Handeln. Also nicht böse sein, lieber Freund! Alle meine Wünsche begleiten Sie auf Ihrer Reise und folgen Ihnen in die neue und doch so alte Heimat. Möge der Ort, an dem Sie zum erstenmal die Augen zum Licht aufschlugen, Ihnen das Glück und die Zufriedenheit bringen, die Ihr treues Herz verdient! Mir aber schreiben Sie so bald als möglich. — Sie sollen auf meine Antwort nicht zu warten brauchen. Ihre Heimat liegt nicht aus der Welt — und Sie wissen ja: eine freie Katze schweift unbekümmert durch Flur und Feld. Also auf Wiedersehen!

Ihre Marie Sanders.

Langsam, fast mechanisch, faltete er den Brief zusammen und steckte ihn wieder in den Umschlag.

Sie kam nicht.

(Fortsetzung folgt.)

terverband seinen drei Mitgliedern, daß er keine Unterstützung gewähre, worauf die drei Arbeiter in den Betrieb zurückkehrten. Die Bemühungen der Firma, weitere Streikbrecher zu bekommen, waren zunächst erfolglos, bis sich die Sekretäre des christlichen Zentralverbandes der Fabrik-, Hilfs- und Verkehrsarbeiter bereit fanden, Streikbrecher in Jockgrimm in der Rheinpfalz für die Firma anzuwerben, trotzdem von diesem Verband nicht ein einziges Mitglied mit am Streik beteiligt oder im Betriebe beschäftigt war. Am 11. Juli gab der Bevollmächtigte des christlichen Holzarbeiterverbandes vor dem Vorsitzenden des Karlsruher Gewerbegerichts an, daß sie (die christlichen Gewerkschaften) den Betrieb mit 25 Mann besetzt hätten, davon habe den größten Teil der christliche Zentralverband der Fabrik-, Hilfs- und Verkehrsarbeiter geliefert. Hier ist also der christliche Arbeiterverrat dokumentarisch festgelegt. Das hindert aber diese christlichen Herren nicht, die Angestellten der freien Gewerkschaften noch obendrein zu verleumden, um damit die eigenen Schandtaten zu verdecken. So wurde von dem Sekretär Kuhn die Schauermär in die Welt gesetzt, er sei am 6. Juni in Jockgrim von 40 Genossen unter der Führung von zwei Angestellten des Transportarbeiterverbandes überfallen und mit Messern und Knüppeln bearbeitet und mit Totschlagen bedroht worden. Anzeige sei bei der Behörde erstattet. Seit diesem „Ueberfall" ist nun eine lange Zeit verstrichen, aber weder die „40 Genossen" noch die „Anführer" des Ueberfalles haben von der sonst doch sehr eifrigen Strafbehörde irgend welche Vorladung erhalten, wodurch feststeht, daß sich Kuhn den „Ueberfall" aus den Fingern gesogen hat, um als Märtyrer unter seinen Nebenchristen gelten zu können. Fest steht weiterhin, daß sich der christliche Fabrik-, Hilfs- und Verkehrsarbeiterverband skrupellos als Unternehmerschutztruppe betätigt. So wurde schon im Juli 1910 in der „Gewerkschaftsstimme", dem Organ dieses Verbandes, aufgefordert, nach der Schweiz zu gehen und dort für die im Streik stehenden Brauereiarbeiter in Arbeit zu treten. Wir sehen den organisierten christlichen Streikbruch in Emden, in Bremerhaven, in Karlsruhe, in Köln, neuerdings in Forchheim (Bayern), und die Unternehmer können ihr schweres Geld für die berufsmäßigen Streikbrecherlieferanten sparen, wenn sie sich vertrauensvoll an die Herren Kuhn und Konsorten wenden.

Gegen die Arbeitslosigkeit. In der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, in dem der Magistrat ersucht wird, zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit die bereits beschlossenen aber noch nicht zur Ausführung gekommenen Arbeiten beginnen zu lassen. Gleichzeitig wurde ein sozialdemokratischer Zusatzantrag angenommen, den Magistrat zu ersuchen, in der Konferenz der Großberliner Gemeinden am nächsten Sonnabend für eine obligatorische Arbeitslosenversicherung für das Reich, sowie für die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsnachweises für Großberlin einzutreten.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Spottgedicht im Altarsockel. Wegen Beleidigung eines Pfarrers in Türchau hatte sich der Maurer Geißler in Türchau vor dem Schöffengericht in Reichenau zu verantworten. Bei einer in Türchau vorgenommenen Kirchenrenovation waren die Maurer wegen Tarifbruchs des Unternehmers mit diesem in Differenzen geraten. Der Pfarrer wurde ersucht, zu vermitteln. Er lehnte das jedoch nicht nur ab, sondern verstieg sich auch noch zu der Drohung, wenn die Maurer nicht zur Arbeit gingen, würde er die „Bude" zuschließen oder aber Unorganisierte herbeiholen. Ein Spaßvogel prägte nun den Vorgang in Knüttelversen. Die Leute mauerten das Gedicht, in einer Flasche aufbewahrt, in den Altarsockel ein. Ein Anonymus machte aber dem Pfarrer von dem Geschehenen Mitteilung; letzterer ließ nun den Altarsockel wieder aufreißen und fand jetzt das Spottgedicht, was ihn resp. die Staatsanwaltschaft veranlaßte, Klage zu erheben. Der Pfarrer behauptete vor Gericht, daß er sich durch das Gericht beleidigt fühle, obschon dasselbe sehr harmlos und auch ulkig abgefaßt sei. Zugeben mußte er aber, daß er mit der Bezeichnung „Bude" seine Kirche gemeint habe, was von dem Angeklagten in entsprechender Weise beleuchtet wurde. Auf die Frage, warum er den Streit zwischen dem Unternehmer und den Arbeitern nicht zu schlichten versucht habe, meinte er, er habe die Forderung der Arbeiter für grundlos gehalten, sie hätten nur unter dem Druck der Organisation gehandelt. Dabei handelte es sich um einen Tarifbruch des Unternehmers, der einen Pfennig Stundenlohn weniger zahlen wollte. Auf Zureden des Gerichtsvorsitzenden ließ sich der Pfarrer schließlich zu einem Vergleich herbei. Der Angeklagte zahlte zwar die Kosten, trotzdem dürften die Lacher aber wohl auf seiner Seite zu finden sein.

Ein Erstklassiger. Vor der Strafkammer in Frankfurt a. M. wurde dieser Tage gegen den Major a. D. Graf Hertzberg, früher Bezirksoffizier, wegen einer ganzen Menge gemeiner Schwindeleien verhandelt. In der Verhandlung erklärte der Gerichtsarzt, Medizinalrat Dr. Roth, der Angeklagte sei ein energieloser, schlaffer Mensch, geistig minderwertig, aber im Sinne des Strafgesetzbuchs nicht unzurechnungsfähig. Ein anderer Arzt, Dr. Gießenschmidt vom städtischen Krankenhaus in Frankfurt, faßte sein Urteil dahin zusammen, daß der Angeklagte ein wenig intelligenter Mensch sei, er habe sich gewundert, wie ein Mann mit so geringer Intelligenz es bis zum Major bringen konnte. Ein Irrenarzt hielt den Angeklagten für geistig völlig minderwertig und der eigene Rechtsanwalt des Angeklagten erklärte, daß er den Major für einen vollständig dummen Menschen halte. Das Gericht beschloß, den Angeklagten auf die Dauer von 6 Wochen in einer Irrenanstalt beobachten zu lassen. Dieser Erstklassige ist offenbar nicht erst dann dumm und geistig minderwertig geworden, als der Staatsanwalt ihn wegen grober Schwindeleien am Kragen faßte. Der Mangel an Intelligenz hätte eigentlich schon früher bemerkt werden müssen, und es ist sehr bezeichnend, daß dieser gräfliche Schwindler Major werden konnte und dann längere Zeit die Stelle eines Bezirksoffiziers bekleidete, die nach den Angaben, die die Heeresverwaltung stets dem Reichstag macht, ganz besondere Befähigung erfordert, ja daß er sogar lange Zeit Vorsitzender des Kriegsgerichts der 21. Division war. Vielleicht, daß der Kriegsminister Anlaß nimmt, sich gelegentlich einmal darüber zu äußern, wie es dieser „geistig minderwertige", „vollständig dumme", „energielose, schlaffe Mensch" zum Major bringen konnte.

Aus Nah und Fern.

Ein Landfriedensbruchprozeß in Vorbereitung. Wie noch erinnerlich sein dürfte, kam es aus Anlaß des Streiks bei der Zichorienfabrik von J. G. Weiß in Frauendorf bei Stettin zu einem Streit zwischen einem Streikenden und einem Arbeitswilligen, in welchem der letztere, namens Brandenburg, ohne Grund ein langes Messer zog und ohne sichtlichen Grund den Streikenden niederstach. Es entstand hierauf ein großer Krawall, die aufgeregte Menge machte Miene, den Arbeitswilligen, die sich höhnend an die Fenster der Weißschen Fabrik gestellt hatten, zu Leibe zu gehen. Gendarmerie und Stettiner Polizisten gingen mit gezogenen Säbeln gegen die Massen vor. Nachdem der Messerheld sofort wieder auf freien Fuß gesetzt war, hat man von der Sache wochenlang nichts gehört. Jetzt scheint ein Landfriedensbruchprozeß in Vorbereitung zu sein. Am Sonnabend wurde ein 19jähriger Arbeiter, der auf einer Zementfabrik beschäftigt ist, von der Arbeitsstelle weg verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis geführt. Am Dienstag wurde noch ein anderer Arbeiter in Haft genommen. Beide werden beschuldigt, an dem Krawall beteiligt gewesen zu sein und mit Steinen geworfen zu haben. Wie die Stettiner Staatsanwaltschaft unserem Stettiner Parteiblatt mitteilt, soll auch der Mörder Brandenburg bereits verhaftet worden sein. Auf den Ausgang der Angelegenheit darf man sehr gespannt sein, zumal, wie verlautet, auch die Aussagen von Kindern dabei eine große Rolle spielen sollen.

Prügel schaden nicht! Die konservative und klerikale Presse erzählt ihren unkundigen Lesern täglich neue Räubergeschichten vom schlechten Ton in den sozialdemokratischen Zeitungen und vom sozialdemokratischen Terrorismus. Dabei führt sie selbst eine so gemeine und gewalttätige Sprache, wie sie in der Arbeiterpresse überhaupt gar nicht denkbar ist. Da findet man z. B. in Nr. 210 des Berliner konservativen „Reichsboten" vom 7. September folgende Notiz:

> Derb und deutsch sind dem „Bayrischen Kurier" zufolge wackere Männer aus dem Isorstädtchen Lenggries mit einigen Freunden des Schmutzblattes „Simplicissimus" abgefahren. — In Winkel kamen vier auswärtige Touristen auf den „Simplicissimus" und dessen Karikaturenzeichner Gulbranssson zu sprechen. Anwesende Bauern mischten sich in das Gespräch, das sich schließlich so zuspitzte, daß die Bauern über die Gulbranssson-Verehrer herfielen und sie derart verprügelten, daß sie schleunigst flüchten mußten. Die Lenggrieser, die ihren Lebensunterhalt zumeist als Flößer auf der Isar erwerben, führen eine etwas „handgreifliche" Sprache, aber schaden kann es gewiß nicht, wenn die Freunde eines solchen Schmutzblattes auch einmal „für ihre künstlerische Überzeugung leiden" müssen.

Man stelle sich den Vorgang vor. Harmlose Touristen unterhalten sich über den „Simplicissimus". Einige traurige Produkte bayrischer Volksschulbildung mischen sich in das Gespräch, das sie gar nichts angeht, und schlagen brutal auf die Städter los. Das wird vom „Bayrischen Kurier" und vom „Reichsboten" als eine Heldentat gerühmt!

Und nun denke man sich: Irgendwo in einer „roten Gegend" wären Arbeiter über Leute hergefallen, die im Gespräch unter sich lobende Worte über so ein schwarzes oder blaues Schmutzblatt geäußert hätten, und sozialdemokratische Blätter hätten jene Prügelhelden als „wackere Männer" gerühmt und gesagt, es könne nicht schaden, wenn die Freunde solcher Schmutzblätter auch einmal für ihre politische Überzeugung leiden müßten. Was würde dann wohl geschehen? Man hätte die Sache als einen europäischen Skandal behandelt, sie in der Presse und im Reichstag erörtert, und der „Bayrische Kurier" und der „Reichsbote" hätten geschrieben: „Wie lange noch will der Staat zusehen" . . . und so weiter im bekannten Tenor. Allerdings, ein solcher Fall ist undenkbar. Denn ein Mensch, der die gleiche Roheit der Gesinnung bekundete, wie diese schwarzblauen Sitten- und Gesetzeshüter, würde nicht einen Tag lang einen sozialdemokratischen Redaktionssessel verunzieren dürfen.

Postboten im Dienste des Zentrums. Wie das Zentrum in Baden arbeitet, beweist der Umstand, daß dieser Tage Postboten mit Bestellkarten auf das Zentrumsblatt „Badischer Beobachter" bei katholischen Familien ihres Bestellbezirks vorsprachen und anfragten, ob sie den „Badischen Beobachter" abonnieren wollten. Die Postbehörde soll inzwischen diese neuen Tätigkeit der Postboten einen Riegel vorgeschoben haben. Aber daß etwas Derartiges überhaupt möglich ist, wirft nicht nur ein grelles Schlaglicht auf die Zustände unserer Postverwaltung, man erkennt daraus ganz besonders den gewaltigen Einfluß, den das Zentrum in Baden sich zu verschaffen verstand.

Ein „Schulfall" in Baden. In einem Dorfe des Amtsbezirks Bühl war die Stelle eines Hauptlehrers neu zu besetzen. Der Ortsschulrat sollte nun aus den eingelaufenen Bewerbungen eine Vorschlagsliste zur Vorlage an das Ministerium ausarbeiten. Der Ortsgeistliche, der Mitglied des Ortsschulrats ist, erhob gegen einen der Bewerber, die für die Vorschlagsliste in Betracht kamen, Einspruch, weil nach eingeholter Auskunft der betreffende Bewerber seit einen halben Jahre nicht mehr zur Beichte gegangen war! Es kommt also nicht darauf an, ob der Bewerber ein tüchtiger Lehrer ist, es genügt, wenn er ein fleißiger Beichtgänger ist. Wie wird es erst werden, wenn die von der badischen Regierung geplante Dreimänneraufsicht mit den Ortsgeistlichen an der Spitze eingerichtet?!

Raubmord. In Braunlage wurde der Gastwirt und Schlachtermeister Karl Schröder in seiner Gaststube erschossen aufgefunden; sein Portemonnaie, das hundert Mark enthalten hatte, lag leer am Boden. Der Verdacht der Täterschaft richtete sich gegen zwei junge Leute von zwanzig und vierundzwanzig Jahren, die in der Gastwirtschaft während der ganzen Nacht gekneipt haben. Dieselben flohen über Clausthal nach Osterode, wo sie sich in einem Geschäft neu einkleiden wollten. Da der Geschäftsinhaber es nicht dulden wollte, daß sie sich an Ort und Stelle umzogen, kam es zu einem Streit, der die Polizei herbeilockte. Bei ihrem Erscheinen wurden die Beamten mit Schüssen empfangen, durch die der Arbeiter Luchler sand getötet und der Polizeibeamte Müller am Kopfe verletzt wurde. Während es gelang, den einen Mörder festzunehmen, flüchtete der andere in ein Hinterhaus, wo er sich verbarrikadierte und Schüsse abgab, die die Polizei erwiderte. Man legte schließlich Schwefel in das Haus, um den Mörder auszuräuchern; als er sich dann an einem Fenster zeigte, wurde er durch einen Schuß getötet.

600 000 Mark unterschlagen. In Görlitz ist der Rentmeister Köhler verhaftet worden, der den Fürsten Lynar durch Wechselfälschungen und Unterschlagungen um über 600 000 Mk. geschädigt hat. Verfehlte Spekulationen sollen Köhler zu den Veruntreuungen veranlaßt haben.

Extra billiges Angebot in Kinderstiefeln

	Größe 21/24	25/26	27/28	29/30	31/32	33/35
Braune glatte Rindleder-Sandalen mit biegsamen Sohlen	2.20	2.40	2.65	2.95	3.25	3.50
Roß-Chevreau-Schnürstiefel mit Derbyschnitt und Lackkappen, moderne Formen	2.50	3.20	3.50	3.90	4.25	4.50
Rindbox-Schnürstiefel breite Form, starker Strapazierstiefel	2.95	3.60	4.20	4.60	4.90	5.20
Mastbox-Schnürstiefel mit Derbyschnit, moderne, bequeme Form, sehr haltbar			4.90	5.20	5.40	5.70
Ia. Boxkalf-Schnürstiefel mit Derbyschnitt, elegante Natura-Form, **System Professor Hoffa**			5.95	6.25	6.50	6.90
Rindbox-Schnürstiefel Derbyschnitt, mit und ohne Lack, moderne Form, sehr haltbar			Größe 36/38 6.20		Größe 39/40	6.90

Die Preise haben bis zum **16. September** Gültigkeit und bitte ich meine verehrten Kunden, im eigenen Interesse von diesem selten billigen Angebot in Anbetracht der immer noch steigenden Lederpreise ausgiebigen Gebrauch zu machen.

Auf alle Artikel Rabattmarken

Schuhwarenhaus Auguste Popp

Breite Strasse 7. 6752

Im Kampf mit Einbrechern. In Berlin versuchten drei Einbrecher in die Wohnung des Kriminalschutzmannes Voß, Lachmannstraße 2, einzudringen. Der Beamte erwachte und feuerte drei Schüsse ab; sie trafen sämtlich den 20jährigen stellungslosen Kontoristen Erich Hesse, der schwer verletzt worden ist. Die beiden anderen Einbrecher wurden von Passanten ergriffen.

Bei einem Bad in der Ostsee ertrunken. In der Nähe des Ostseebades Großmöllen ist gern nachmittag der Bademeister Heise ertrunken, der auf hoher See ein Bad genommen hatte.

Mit dem Zeppelin in die Höhe gezogen und abgestürzt. Das Luftschiff Z. 5, welches nach sehr schwerer Fahrt aus dem Manövergelände gestern um 3½ Uhr in Leipzig gelandet war, konnte wegen des starken Querwindes nicht in die Höhe gebracht werden und wurde von 150 Personen gehalten. Plötzlich setzte ein Sturm ein, durch welchen das Luftschiff in die Höhe getrieben wurde. Es gelang, die Motore wieder in Bewegung zu bringen und dadurch das Schiff vor dem Untergang zu retten. Vier Soldaten hatten die Seile nicht rechtzeitig losgelassen und wurden mit in die Höhe gerissen. Ein Sergeant konnte rechtzeitig herabgezogen werden, während ein zweiter Soldat in die Gondel hineingezogen wurde. Die beiden anderen Soldaten stürzten aus einer Höhe von 150 Metern ab und waren sofort tot.

Schwerer Unfall. Aus Essen wird gemeldet: In dem Dorfe Bredekar in Sauerland riß ein scheu gewordenes Pferd einen mit sechs Personen besetzten Wagen in den Hoppeke-Fluß. Von den Insassen war ein Mädchen sofort tot; drei andere Personen wurden lebensgefährlich verletzt.

Eine aufregende Szene im Gerichtssaal. Der Kraftwagenführer Klausnitzer, der wegen Widerstandes und anderer anläßlich einer Pfändung begangenen Vergehen vor dem Schöffengericht Plauen i. V. stand, hat mehrere Revolverschüsse auf die Zeugen und in den Zuschauerraum abgegeben. Der Hauptbelastungszeuge, namens Steinbach, ist anscheinend leicht am Halse verletzt worden. Der Täter wurde nach heftigem Widerstande abgeführt.

Mittelalterliches vom heutigen Tage. Der bekannte russische Dramaturg Semjon Juschkewitsch wollte unlängst nach Moskau kommen, um mit mehreren Theaterunternehmern über die Aufführung seiner Werke zu unterhandeln und der Einstudierung eines neuen Werkes beizuwohnen. Nun hat er aber als Jude nicht das Recht, in Moskau zu leben. Seine Freunde machten alle möglichen Bemühungen, um ihm wenigstens die Erlaubnis zu einem ganz kurzen Aufenthalt zu erwirken. Der Polizeichef fand es aber absolut nicht nötig, die erbetene Erlaubnis zu erteilen. Dabei sind die Moskauer Theater überfüllt, wenn ein Drama von Juschkewitsch gegeben wird, und auch der Polizeichef selbst verschmäht es keineswegs, von der ihm unentgeltlich zur Verfügung stehenden Loge Gebrauch zu machen. — Jahrelang war der berühmte russische Dichter Frug — der ebenso wie Juschkewitsch sehr unbedacht in der Wahl seiner Eltern war — in Petersburg als Hausdiener angemeldet, nur auf diese Weise konnte er sich dort das Wohnrecht verschaffen. — In Saratow wird der Polizeibeamte Iwanow dem Gericht übergeben, weil er eine Baptistin mit der Peitsche geschlagen hatte, um sie — zum Uebertritt zur Orthodoxie zu zwingen. Religiöse Propaganda nach echt russischem Muster! Außerdem ließ derselbe Beamte die Tochter eines Kaufmannes ärztlich untersuchen und der Sittenpolizei zustellen, weil sie sich weigerte, ihm willig zu sein.

Ein wichtiger Fund. Das „Giornale d'Italia" bringt die Nachricht, daß bei den Ausgrabungen in Pompeji der Hafen der Stadt entdeckt worden ist. Er liegt 700 Meter vom Stadttor und 1250 Meter landeinwärts von der heutigen Küste. Die Mole und andere Hafenbauten sind sieben Meter hoch vom Erdboden bedeckt.

Abgestürzter Flieger. Auf dem Aerodrom von Lyon verunglückte der Flieger Thonnienne, dessen Flugzeug sich während eines Gleitfluges überschlug und aus 25 Metern Höhe abstürzte. Der erst 19jährige Flieger wurde tot aus den Trümmern hervorgezogen.

Thaw aus Kanada abgeschoben. Einwanderungsbeamte ergriffen Thaw und brachten ihn im Automobil nach Vermont an die Grenze. Thaw schrie und kämpfte wie ein Wahnsinniger. Er behauptete, er werde entführt. Thaw durchfuhr, nachdem er von den kanadischen Behörden an der Grenze freigelassen worden war, mit Journalisten in deren Automobil den Staat Vermont. In einem Schulhause bei Newhampshire wurde er von den amerikanischen Behörden verhaftet.

Feuersbrunst in Amsterdam. Dienstag abend ist am Handelskai in Amsterdam Feuer in einem Hafenspeicher ausgebrochen, der mit Tabak, Kaffee, Watte, sowie mit anderen Kolonialprodukten von großem Gesamtwert gefüllt war. Der größte Teil des Gebäudes ist verloren. Die Feuersbrunst dauert an. Die Verluste sind noch nicht abzuschätzen. Nach einer weiteren Meldung heißt es: Das Feuer dauerte die ganze Nacht an und wurde morgens von der Feuerwehr bewältigt. Drei Feuerwehrleute sind verletzt worden, der Schaden ist bedeutend.

Brandstiftungen in Neuyork. Aus Neuyork wird berichtet: Durch die Erklärungen des obersten Leiters der Neuyorker Feuerwehr John Kenlon rückt die schon oft erörterte Frage der gewerbsmäßigen Brandstiftung in Neuyork in den Vordergrund des öffentlichen Interesses. Kenlon erklärte, daß nach seinen Erfahrungen und Beobachtungen nicht weniger als 25 Proz. aller Neuyorker Brände auf gewerbsmäßige Brandstiftung zurückgehen; von 14 571 Bränden eines Jahres nicht weniger als 3653. Und bei weiteren 1700 Fällen, deren Ursachen nicht bewiesen werden konnten, weisen die Indizien ausnahmslos ebenfalls auf Brandstiftung. Dabei beläuft sich der Schaden dieser künstlich erzeugten Brände auf 36 Millionen Mark, bei einem Gesamtschaden von 50 Millionen. Diese trostlosen Verhältnisse erklären sich durch die übertriebene Bereitwilligkeit der Versicherungsgesellschaften, auch in zweifelhaften Fällen Schadenersatz zu leisten, um Kunden anzulocken.

Heftige Stürme und Regengüsse herrschen in den meisten Provinzen Spaniens. Die Eisenbahnen sind an mehreren Punkten unterbrochen; mehrere Güterzüge sind entgleist.

Eine amerikanische Wasserhose. Infolge einer Wasserhose ist der niedriger gelegene Teil der Stadt Santander (Columbia) völlig überschwemmt. Das Wasser steht fast zwei Meter hoch. Die Feuerwehr und die Polizei arbeiten an der Rettung der Einwohner.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 10. Septbr.

Auftrieb 1300 Schweine.

Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara:

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 72,— bis 73,— (57,50 bis 58,50), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 72,— bis 73,— (57,50 bis 58,50), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 75,— bis 76,00 (58,50 bis 59,50), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 75,— bis 76,— (58,50 bis 59,50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 70,— bis 74,— (53,— bis 56,—), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., —,— bis 66,— (—,— bis 53,50), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 62,— bis 64,— (48,50 bis 50,—) Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Statt besonderer Anzeige.
Am Dienstag, d. 8. Sept., abends 10½ Uhr, entschlief sanft nach kurzer schwerer Krankheit im Allgemeinen Krankenhaus unsere Tochter
Emma
in ihrem blühenden 18. Lebensjahre.
H. Burmeister und Frau, geb. **Rath**
nebst Geschwister u. Großeltern.
Die Beerdigung findet am Sonntag, ½12 Uhr, von der Schlutuper Kapelle aus statt. 6757

Zum baldigen Antritt **junges Mädchen** für Haus und Küche.
6736) **Brauerei Fackenburg.**

Eine kl. Wohnung
zu vermieten. Preis 120 Mk.
6755) Moislinger Allee 148.

Gesucht zum 1. Oktober in der Stadt eine Zwei-Zimmer-Wohnung bis 240 Mk. oder Drei-Zimmer-Woh. bis 300 Mk. Ang. unt. **H A** an die Exp.

Kl. Haus m. Stallung, Hofpl. 2c. Stadt, pass. f. Handelsm. pp., soll äuß. bill. verk. w. mit 500 Mk. Anz. (6732
Johs. Fischborn, Hüxstr. 30. part.

Eine Kommode und mehrere Romane preiswert zu verkaufen.
6733) Vorbeckstraße 18a.

Sportkarre
zu verkaufen.
6740) Warendorpstraße 58. I.

Eine Scheidenschiebkarre
zu verkaufen. (6739) Krausestr. 15a.

Guterhaltener Kinderwagen
mit Gummireifen billig zu verkauf.
6749) Fackenburger Allee 66.

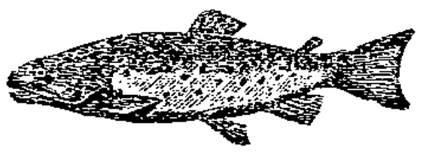
Zu kaufen gesucht ein Haus mit Stall und Garten in der Nähe Lübecks. Anzahlung 1000—1200 Mk. Angeb. unter **C R** an die Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. Januar: **5000 Mk.** erstes Geld. Vorstädtische Brandkasse 12 500 Mk. Ang. u. **S F** a. d. Exp. d. Ztg. (6741

Dr. Seitz
Fackenburg (6735
verreist bis 19. September.

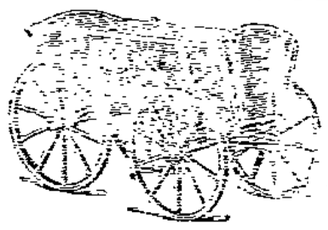
Herrenstiefel Paar **5.50-14.95**
Damenstiefel Paar **4.95-12.50**
Kinderstiefel Paar **1.30-6.25**
in. Rindlederne
Halbstiefel . . . Paar **10.95**
Arbeits-Hosen in gestreift, Leder
2.60 3.15 3.65 4.00-4.75
Maurer- und Maler-Hosen
in jeder Preislage
auch Mosbergsche Sachen.
Sämtliche Manufakturwaren
6654) sehr billig.
Johannes Holst
Kohlmarkt 6. Markt 6.

Wie bekannt, zahle die höchsten Preise für **Haushaltslumpen, Zeitungen, Eisen, Metalle, Neutuch, Tauc.** (1225
Fernruf 2496. **Postkarte genügt.**
Beckergrubenstraße 25.



Frische Seefische.
Verkauf jeden Freitag Markthalle.
Gebr. Freitag,
Fischhandlung.
Fernspr. Hamburg Gruppe 5. 704-705

Vereinigte Butterhändler
von Lübeck und Umgeg.
Allerfeinste Meiereibutter
kostet Pfd. **1.45** Mk. (6680



Große Sendung starke blaue Kasten-wagen
eingetroffen zu billigen Preisen
Heinrich Maaß, Brockesstr. 23,
6745) Ecke Warendorpstraße.

Gratis! Gratis!
gebe ich **Freitag** und **Sonnabend** auf 1 Pfd. **Margarine** zu 70, 80 oder 90 Pfg. **einen groß. Block Schokolade, 10 Bouillonwürfel,** 1 Pfd. **Malzkaffee oder eine hochelegante Tasse.** Ferner empfehle:
Feinst. Palmfett pro Pfd. 58 Pfg.
ff. Meiereibutter pro Pfd. 120 Pfg.
Pflaumenmus pro Pfd. 30 Pfg.
Frische holstein. Eier Stück 9 Pfg.
H. Scheel
Beckergrube 31. (6753

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck Markt 4 Otto Albers Kohlm. 10
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige
S) Preise. U. a.:
Lederhosen . . . **2.20**—6.45
Maurerhosen . . **2.60**—6.75
Schlosserhosen . **1.88**—5.25
Überziehhosen . . **1.08**—2.35
Zwirn-Hosen . . **1.68**—3.25
leinene Jacken, schräge u. gerade, **1.28,** Kojen, Hemden, Schlachterjacken, Arbeitsjacken, Malermäntel erstaunlich billig. Mützen von **30** Pf. bis 1.88 Mk. **Rote Lubecaer.**

6756) **Heute große süße**
Zwetschen
10 Pfd. **70** Pfg., 50 Pfd. **3** Mk.
empfiehlt
Fritz Stike, Warendorpstr. 25.

Herren- und Knaben-Konfektion
sowie Berufskleidung
in großer Auswahl zu billigen Preisen.
(6747) **Billige Schürzen-Tage.**
Hermann Kampff
Lauenburg a. E. Elbstraße 91/93. **früher Gebr. Barg.** **Lübeck** Kohlmarkt 5.

Visiten-Karten
empfiehlt die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Schulschreibhefte
mit den neuen Lineaturen sind zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung Friedr. Meyer & Co.
Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Sehr schön ausfallende **frische**
II. Sorte Meierei-Butter
per Pfd. Mk. 1.25 6748
empfiehlt **Th. Storm Nachfolger,**
Königstraße 98. **Fernsprecher 473.**

Arbeiter-Abstinenten-Bund.
Versammlung
am Freitag, dem 12. September 1913, abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.
Tagesordnung: 6743
1. Vortrag: Arbeiterhaushalt und Alkoholfrage.
Referent: Bundesvorsitzender **A. Neumann, Berlin.**
2. Freie Aussprache.
Wir laden alle organisierten Arbeiter, Genossen und Genossinnen ein, die sich für diese Kulturfrage interessieren. **Der Vorstand.**

Hansa-Halle.
Jeden Freitag: Grosses Tanzkränzchen.
Anfang 8 Uhr. **Eintritt frei.** (6751) **J. Rieck.**

Waisen-Hof
Jeden Freitag:
Gr. Tanzmusik
Anfang 8 Uhr. (6569) **Gust. Gipp.**

Konzerthaus Fünfhausen.
Morgen Freitag: Gross. Tanzkränzchen.
Sonntag: Tanzkränzchen. (6754

Konzerthaus
Zauberflöte.
Täglich großes Konzert.
Erstklassige humoristische Klown-Kapelle
Charly Petrelly
„Die fidelen Leipziger"
genannt
„Die 7 Blödsinnigen".
Eintritt frei.
Anfang 7½ Uhr.
Sonntags Anfang 4 Uhr.
6746) **Ludwig Kock.**

„Cines"
Hansa-Theater.
Jeden Freitag:
Neues Programm
vom 5. bis 11. September
Stürmischer Beifall!!
Lachsalven.
Variété-Akte:
Les Marekys
Spanische Tänze.
Rembrandt
Karikaturist und Rauchmaler.
Werds Brothers
Humoristische Akrobaten.
Silbons Katzen
Humoristischer Dressurakt.
Joburg Girls
Engl. Gesang und Tanz.
Konerz Brothers
Neuartiger Diabolo-Akt
und unsere renommierten
Licht-Kunstspiele.
Vorstellung: Wochentags 8¼ Uhr. Sonntags 4 und 8¼ Uhr.
Sonntag, 4 Uhr nachm.:
Jugend- u. Fremden-Vorstellung
(Kleine Preise!)
Vorverkauf bei **Friedr. Sager,** Kohlmarkt 3, Fernsprecher 1333 und **Friedr. Nagel,** Markt 14, Fernsprecher 558. (6697

Lübecker Sommer-Theater
i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
Freitag, den 12. September:
Gerhart Hauptmanns Drama
Gabriel Schillings Flucht.
Sonnabend, den 13. September:
Arthur Schnitzlers Schauspiel
LIEBELEI.
Sonntag, d. 14. September 1913:
Abschiedsvorstellung.
Zwei glückliche Tage.
6744) Anfang stets 8¼ Uhr.